

Bezugspreis:

Einzelheft 10,50 M., monatl. 3,50 M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,00 M., ggf. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,75 M., für das übrige Ausland 10,75 M., bei täglich einmal Zustellung 8,75 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Ungarn, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Post-Zellungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgeheilten Nonpareilzeile kostet 1,20 M., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 75 Pfg. (zwei gedruckt Wort), jedes weitere Wort 50 Pfg., Stellengröße und Schließelanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 60%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Berrins-Anzeigen 1,50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Druckerei: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 8. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Druckerei: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

Die Probe aufs Exempel.

Mein Artikel „Streikrecht — Streikpflicht — Streikbruch“ wurde zu einer Zeit geschrieben, als die letzten Einigungsverhandlungen im Metallarbeiterstreik eingeleitet wurden, deren Ergebnis beide Parteien für sich als bindend anerkennen wollten. Man konnte dabei mit einer baldigen, die Arbeiter leidlich befriedigenden Beendigung dieses Streiks rechnen. Nachdem eine ungünstige Wirkung meiner Ausführungen auf diesen Kampf ausgeschlossen schien, hielt ich es für notwendig, gerade auch auf Grund der Erfahrungen des Metallarbeiterstreiks und seiner Begleiterscheinungen die Fragen der gewerkschaftlichen Taktik und Kampfmittel grundsätzlich zu behandeln und dadurch die Schaffung gesunder Verhältnisse in den Gewerkschaften zu fördern. Es ist also durchaus irreführend, wenn die „Freiheit“ ihren Lesern einreden will, ich bemühe mich in meinem Artikel, den Metallarbeiterstreik als einen politischen hinzustellen. Davon steht nicht ein Wort in dem Artikel. Den Charakter des geplanten Generalstreiks als politisch nachzuweisen, hatte ich aber nicht mehr nötig, da dies bereits durch den Aufruf der Unabhängigen und Kommunisten in klaren Worten geschehen war. Es scheint vielmehr, als ob die unabhängig-kommunistischen Führer geradezu den Wunsch gehabt haben, durch die Generalstreikpropaganda der letzten Tage den Wahrheitsbeweis für die Ausführungen meines Artikels zu liefern.

Wir haben während der ganzen Dauer des Metallarbeiterstreiks immer betont, daß wir uns als Partei in diesen Kampf nicht einzumischen wünschen, sondern daß die Art und die Mittel des Kampfes von den Metallarbeitern allein bestimmt werden sollen. Diese Zurückhaltung wird aber mit dem Augenblick unmöglich, mit dem der Kampf nicht mehr auf die Metallarbeiter allein beschränkt bleibt, sondern auf andere, oder gar auf alle Gruppen des Wirtschaftslebens ausgedehnt werden soll. Dann hat allerdings auch die übrige Arbeiterschaft nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, zu prüfen, um was der Kampf der Metallarbeiter geht, ob die Ziele des Kampfes die Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft auch evtl. durch einen allgemeinen Generalstreik notwendig und angebracht erscheinen lassen und ob die vorgeschlagenen Kampfmittel die richtigen sind.

Da nun zunächst festgestellt werden, daß in weiten Kreisen selbst der Metallarbeiter keine Klarheit über die Streitpunkte im Metallarbeiterstreik bestanden hat, während man bisher im allgemeinen gewöhnt war, bei solchen großen Bewegungen in der Öffentlichkeit Mißverständnis zu vermeiden, um welche Differenzen sich der Streit dreht. Im vorliegenden Falle sind aber selbst die beteiligten Metallarbeiter außerordentlich mangelhaft unterrichtet worden. Man kann von verschiedenen Streikenden die verschiedensten Angaben über das Kampfobjekt erhalten. Im wesentlichen ist die Arbeiterschaft der Ansicht gewesen, der Kampf müsse geführt werden, um eine Herabsetzung der zeitweilig bestehenden Löhne und insbesondere der Höchstlöhne zu verhindern. Dem steht aber die wiederholte Erklärung der Unternehmer gegenüber, daß sie an eine Herabsetzung der Höchstlöhne nicht denken und daß niemand in seinen bisherigen Bezügen geschmälert werden solle.

Ich lasse es ganz dahingestellt, ob die Unternehmer den Willen gehabt haben, diese Forderung für alle Zeiten einzubalten. Ich nehme vielmehr ohne weiteres an, daß die Unternehmer sich ebenso wenig für alle Dauer auf die jetzigen Löhne festlegen wollten wie die Arbeiter. Nachdem die Metallarbeiter sich entschieden hatten, den Kampf gegen eine beschränkte Lohnherabsetzung schon jetzt zu führen und nicht erst dann, wenn tatsächlich eine Reduzierung der Löhne erfolgt ist, war es selbstverständlich, daß wir in diesem Kampf auf ihrer Seite stehen.

Die Frage aber, ob dieser Streik überhaupt unvermeidlich war, wird nach Beendigung des Kampfes noch eingehend zu prüfen sein. Nach den Erfahrungen, die wir im Laufe der Bewegung mit den Leistungen der unabhängig-kommunistischen Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes und der Fünfzweckkommission gemacht haben, die sich in allen Situationen nur durch Streik und seine Verstärkung, durch Vereinsziehung anderer Arbeiterkategorien (Maschinen- und Heizer, Elektrizitätsarbeiter usw.) zu helfen wußten, kann ich die Annahme nicht unterdrücken, daß bei etwas größerer und geschickterer Verhandlungsfähigkeit der Streikleitung dieser Kampf vielleicht doch hätte vermieden werden können. Der „Erfolg“ dieses Streiks ist für die Arbeiter ein Lohnausfall von mindestens 150 Millionen

Freilassung von Verhafteten.

Wegen der Propaganda für den Generalstreik sind, wie wir bereits mitteilten, verschiedene Unterzeichner des Aufrufs verhaftet worden. Unter ihnen befanden sich außer Rusch, dem ersten Bevollmächtigten des Berliner Metallarbeiterverbandes, noch drei andere Mitglieder der Fünfzweckkommission. Das Oberkommando hat, nachdem die Gefahr des Generalstreiks als beseitigt angesehen werden kann, die Entlassung dieser vier Mitglieder der Fünfzweckkommission verfügt.

Europäische Hungersnot.

In London wurde die internationale Wirtschaftskonferenz mit der Annahme von drei Entschlüssen beendet. In der ersten Entscheidung wird der Besorgnis vor der Gefahr einer ausgedehnten Hungersnot Ausdruck gegeben und der oberste Wirtschaftsrat aufgefordert, ersichelfende Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage in den verschiedenen Ländern zu veröffentlichen. Die zweite Entscheidung verlangt die Beendigung der gewalttätigen Intervention in Rußland, die dritte die Revision der wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages.

Milderung der Ostseeblockade.

Die internationalisierte Marine-Waffenstillstandskommission hat Freifahrt für Seefahrer an der deutschen Küste, jedoch nur für den wechselseitigen Verkehr zwischen deutschen Häfen, zugesprochen. Diese zwar nur geringe Milderung der über den deutschen Seeverkehr in der Ostsee verhängten Sperre ist von Wichtigkeit für die Kohlenversorgung ostpreussischer Häfen.

Wack, eine Stärkung des Unternehmertums und eine dementsprechende Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterschaft.

Geradezu gewissenlos war es aber, nun auch noch die gesamte Arbeiterschaft in den Generalstreik zu treiben. Angeblich soll der letzte Rest des durch die Revolution erreichten Vertretungs- und Mitbestimmungsrechts der Arbeiterschaft in Gefahr sein. Das ist von Anfang bis zu Ende unwahr. Die unter Teilnahme von Vertretern der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratie mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen geben dahin, daß die bisher den Arbeiterräten, Betriebsräten, Arbeiterausschüssen usw. zustehenden Rechte in vollem Umfange erhalten bleiben sollen. Den Arbeitervertretungen soll also an ihren Rechten nichts gekürzt werden. Aber auch die Mitglieder dieser Arbeitervertretungen sollen sofort wieder eingestellt werden und mit der Einstellung in ihre alten Rechte wieder eintreten, soweit sie gestreift oder angefochten haben. Soweit eine Entlassung erfolgt ist, sollen die gewählten Ersatzmänner an ihre Stelle treten. Sind solche Ersatzmänner nicht vorhanden, so sollen sie von der Arbeiterschaft schleunigst in geheimer Wahl gewählt werden. Gegen diese Ersatzwahl können sich gerade die Unabhängigen und Kommunisten am allerwenigsten wehren, da sie ja stets für die häufige Neuwahl der Arbeiterräte und Ausschüsse eingetreten sind. Wenn sie sicher sind, daß die bisherigen Vertreter nach wie vor das Vertrauen der Arbeiterschaft genießen, dann können sie ja mit größter Ruhe diesen evtl. Ersatzwahlen entgegensehen, weil sie im Falle einer Wiederwahl mit diesem Vertrauensvotum in der Tasche dem Unternehmer um so gewichtiger entgegenzutreten können.

Sie liegt aber der Haken. Man fürchtet diese Ersatzwahlen. Man weiß, welche Unzufriedenheit in den Kreisen der Metallarbeiter besteht. Man weiß, daß bei derartigen Neuwahlen diese Unzufriedenheit sich in vielen Fällen darin äußern wird, daß man die bisherigen Vertreter, die die Arbeiter in diese Sackgasse geführt haben, zum Teufel jagt. Deshalb möchte man seine unabhängig-kommunistischen Parteigänger unter allen Umständen in diesen Posten erhalten. Ist das ein Kampfziel, für das die gesamte Berliner Arbeiterschaft sich durch den Generalstreik einlegen konnte und durfte, um dessen Erreichung das gesamte Wirtschaftsleben wieder auf den Kopf gestellt werden mußte? Diese Frage stellen, heißt sie mit aller Schärfe verneinen!

In dem am Donnerstag früh veröffentlichten Aufruf der Fünfzweckkommission, des Metallrats, der U. S. V. und des sogenannten „roten“ Volksrats, in welchem die Vorbereitungen zum Generalstreik abgeschlossen werden, versucht man mit vollen Waden die mehrheitssozialistische Partei

für das Fehlschlagen des Streiks verantwortlich zu machen. In ihrer Wut, daß die Generalstreikpropaganda fast in der gesamten Arbeiterschaft einstimmige Ablehnung gefunden hat, geht man so weit, die in der überwiegenden Mehrheit unabhängigen und kommunistischen zusammengesetzte Berliner Gewerkschaftskommission mit den „Rechtssozialisten“ in einen Topf zu werfen, auch die Gewerkschaftskommission des Verrats schuldig zu erklären und sie gewissermaßen als eine Ruppe der Rechtssozialisten hinzustellen. Es heißt dort:

Die berechtigten Hoffnungen der kämpfenden Metallarbeiter auf Beendigung des Generalstreiks sind durch die Berliner Gewerkschaftskommission zunichte gemacht worden. Die Gewerkschaftskommission hat es abgelehnt, zum allgemeinen Generalstreik aufzurufen.

Das verräterische Treiben der Rechtssozialisten hat bis in die Reihen der Gewerkschaftskommission hinein seine Wirkung getan. Vertreter der für das Gelingen der Aktion entscheidenden Berufe stimmten gegen die Beteiligung am Generalstreik.

Wie sie nunmehr den Kampf um die bisherigen Arbeiterrechte in den Betrieben führen wollen, das bleibt der Verantwortung der Mehrheit der Gewerkschaftskommission und ihren politischen Tragbüchern überlassen.

Das mag man zu schreiben, trotzdem die getroffenen Vereinbarungen, auf Grund deren die Beilegung des Metallarbeiterstreiks erfolgen sollte, von den offiziellen Parteivertretern der U. S. V. als ausreichend angesehen wurden, obwohl der zweite Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Rusch, erklärte, daß er die Generalversammlung zur Annahme empfehlen würde und trotzdem der Vorsitzende desselben „roten“ Volksrats, Richard Müller, bei den Verhandlungen erklärt hatte, es sei eine Demagogie, jetzt noch scharf für den Generalstreik einzutreten. Hier zeigt sich so recht die Zweifelhäftigkeit der unabhängigen Gewerkschaftspolitiker, die bei solchen Verhandlungen zugeben müssen, daß eine Grundlage für die Beilegung des Streiks gefunden sei und die dann später nicht den Mut aufbringen, gegenüber den eigenen Parteianhängern diese Ansicht zu vertreten, die vielmehr sich von den mit radikalen Phrasen vollgestopften, ruhigen Erwägungen unzugänglich gewordenen Anhängern über den Haufen rennen lassen.

Zugleich scheint man wenigstens in der „Freiheit“ eingesehen zu haben, daß dieses Vorgehen nicht geeignet sei, auch nur die eigenen unabhängigen Parteinteressen zu wahren. In einem Artikel vom Donnerstagabend „Die letzte Phase“ beanlagt man sich damit, nur noch die Rechtssozialisten für das Scheitern des Generalstreiks verantwortlich zu machen und stellt der Gewerkschaftskommission das Zeugnis aus, daß sie „nach ruhiger sachlicher Prüfung der Lage und der Erfolgsmöglichkeit des Kampfes die Verantwortung für den Generalstreik nicht übernehmen konnte und sich gegen ihn entscheiden mußte“.

Aber auch diese taktischen Manöver werden ihren Zweck nicht erreichen. Die unverantwortliche Generalstreikpropaganda ist von der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterschaft bis weit in die Kreise der Unabhängigen hinein so entschieden abgelehnt worden, daß gerade die niederträchtigen Beschuldigungen unserer Partei, daß ob wir den Metallarbeitern in den Rücken gefallen seien, um so klarer in ihrer Verlogenheit von der Arbeiterschaft erkannt werden. Niemand kann im Zweifel darüber sein, daß wir den Kampf der Metallarbeiter mit allen Kräften unterstützt haben und weiter unterstützen, und daß wir uns leidlich gegen die Ausnützung dieses Kampfes und der Opferwilligkeit der beteiligten Arbeiter zugunsten parteipolitischen Interesses durch die gewissenlose und unfähige Streikleitung und ihrer Hintermänner gewandt haben.

Ueber die wirklichen Motive und Ziele der Streikleitung bei der Generalstreikpropaganda kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wer die starke Propaganda der Kommunisten und Linksunabhängigen für Arbeitstrübe am 7. November, als Sympathie für Sowjetrußland, kennt und wer weiß, auf wie ungünstigen Boden diese Propaganda bisher in der Berliner Arbeiterschaft gefallen ist, der wird sich darüber klar sein, daß man hier glaubte, die günstige Gelegenheit zu haben, den Generalstreik zum 7. November auf Umliegen herbeizuführen und die gesamte Arbeiterschaft dafür mobil zu machen. Ist erst der Generalstreik da, dann sind, wie die früheren Erfahrungen lehren, auch Zusammenstöße, Plünderungen usw. unvermeidlich, und wir würden um die Hoffnung, daß wir endlich in eine ruhigere politische und wirtschaftliche Entwicklung hineinkommen, wieder betrogen sein.

Dabei erscheint die Frage noch berechtigt, ob man in

nen Kreisen, deren ganze Politik auf den Zusammenbruch unserer gegenwärtigen Verhältnisse eingestellt ist, nicht auch mit Freuden die jegliche Gelegenheit, wo durch die zehntägige Eisenbahnperce eine gewisse Aufbesserung unserer Lebensmittel- und Kohlenverteilung herbeigeführt werden soll, ergreifen wollte, um durch einen Berliner Generallstreik diese Verbesserung zu verhindern oder mindestens zu erschweren. Aber ganz gleich, ob das die Absicht war oder nicht, ersicht wäre es durch einen Generallstreik auf jeden Fall, zum besonderen Schaden der Arbeiterschaft.

Erfahrungswiese ist die Berliner Arbeiterschaft nicht mehr wie bei früheren Gelegenheiten ein willenloses Werkzeug der unabhängig-kommunistischen Drahtzieher. Sie hat unter diesem Druck schon zuviel gelitten, um nicht alle Kräfte anzuspannen, ihn endlich zu brechen. Und es ist nur unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen, daß selbst die in der überwiegenden Mehrheit unabhängige Gewerkschaftskommission, wenn auch nur mit Stimmengleichheit, die Unterstützung des Generallstreiks abgelehnt hat. Sollten die Kommunisten, wie es fast den Anschein hat, ihre Generallstreikpropaganda noch fortzusetzen versuchen, so gibt es für uns nur eine Parole: Wieder mit diesem Generallstreik mit allen Mitteln!

Dabei darf es aber nicht bleiben.

Von allen Seiten kommen wieder Nachrichten, wie durch beispiellosen Terrorismus und durch die Androhung von Gewalt Maßnahmen von Betriebsbesetzungen durch teilweise kleine Widerheiten zur Beteiligung am Streik gezwungen werden sollten. Da hilft uns kein Streik und Schimpfen über diesen Terrorismus. Wodurch ist er überhaupt möglich? Nur dadurch, daß man dem, der mit der Faust droht, nicht gleichzeitig die Faust unter die Nase hält. Wenn diejenigen, die mit den brutalsten Mitteln der Gewalt verfahren, die Arbeiterschaft unter ihren Willen zu bringen, einigemal selbst die Früchte ihrer Laskie zu genießen bekommen, dann ist das, glaube ich, das beste Mittel gegen diesen Terrorismus.

Eine dauernde Gesundung dieser Verhältnisse kann aber nur eintreten, wenn wir in den Gewerkschaften endlich den Geist der Unabgibtigkeit und der parteipolitischen Zwangsherrschaft beseitigen. Dringender denn je ist es notwendig, daß der Appell, den ich am Schlusse meines ersten Artikels an unsere Parteigenossen in den Gewerkschaften gerichtet habe, jetzt zur Durchführung kommt. Unsere Parteigenossen und alle diejenigen Mitglieder der Gewerkschaften, die für die gewerkschaftliche Tätigkeit auf dem Boden der von mir aufgestellten Richtlinien eintreten, die also für die alten bewährten gewerkschaftlichen Grundsätze sind, müssen innerhalb ihrer Berufs- und Organisationsgruppen Versammlungen einberufen, sich zu gemeinsamer Propaganda für diese Gedanken zusammenschließen und daran arbeiten, daß wieder die Vernunft und die gewerkschaftliche Erfahrung wie Luchtsäule die entscheidende Stimme in den Organisationsversammlungen und -leitungen erhalten.

Parteigenossen, rettet die Gewerkschaften!
Franz Krüger.

Die Folgen der Hungerblockade.

Als im Laufe des Sommers 1917 der Medizinischen Abteilung des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt Mitteilungen über ein gehäuftes Vorkommen von eigenartigen Knochenkrankheiten als Folge der ungenügenden Ernährung bekannt wurden, richteten die Regierungspräsidenten unter dem 9. August 1917 den Auftrag zu eingehendem Bericht über die einschlägigen Verhältnisse in ihrem Verwaltungsbezirk.

Das Wesentlichste aus den Berichten sei hier kurz wiederzugeben:

Seit Herbst 1917 treten unter der Bevölkerung Preußens krankhafte Veränderungen des Knochengewebes auf, die der englischen Krankheit der Säuglinge und Kleinkinder (Rachitis) sowie der Osteomalacie der Erwachsenen ähneln. Diese Erkrankung nimmt einen Umfang und eine Form an, wie sie bisher in Preußen nie beobachtet worden sind. Knochenverbiegungen, wie sie sonst nur ausnahmsweise bei den schwersten Formen der Rachitis oder der Osteomalacie beobachtet wurden, sind jetzt eine häufige Erscheinung. Knochenbrüche ohne nachweisbare oder kaum erkennbare Ursache sind keine Seltenheit. Auch werden Allerschlaffen heimgeführt, bei denen man diese Erkrankungszustände zu sehen nicht gewohnt war. Bis zum Herbst 1918 scheint die Krankheit nur vereinzelt und unter Verhältnissen aufzutreten zu sein, die für ihren Ausbruch besonders günstige Vorbedingungen boten. Seit dieser Zeit ist sie in mehr oder weniger großem Umfang in allen Regierungsbezirken einschließlich Berlin, jedoch mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande, beobachtet worden.

Zur ätiologischen Klärung der Krankheit trugen die Verichtsstellen nur insofern bei, als aus ihnen mit Bestimmtheit hervorgeht, daß die Krankheit eine unmittelbare Folge der Hungerblockade ist — hervorgerufen durch die der Menge nach verminderte und der Güte nach verschlechterte Hungerkost.

Das Hauptkontingent der Kranken stellt die Altersklasse bis einschließlich des fünften Lebensjahres. Wollig verschont bleiben Kinder etwa vom 6. bis zum 14. Lebensjahre bzw. bis zu der Zeit, wo die Kinder ins Erwachsenenalter eintreten. Dagegen findet sich eine sehr starke Beteiligung der Jugendlichen vom 14. bis 19. Lebensjahre. Wollig frei bleiben dann die Lebensjahre vom 20. bis 35. Hier treten dann die Erkrankungen allmählich wieder ein und konzentrieren sich bei Frauen etwa zwischen dem 40. und 50. Lebensjahre.

Die Verichte der Regierungspräsidenten, aus denen hier bloß ein ganz kurzer Auszug wiedergegeben ist, beziehen sich nur auf eine neue Erscheinungsform des Hungersichadens. Es ist überflüssig, daneben noch einmal alle die schon bekannten anderen Krankheiten aufzuführen, die, als Folgen der Hungerblockade, Sichtung und Tod in Hunderttausenden von Fällen über unser Volk gebracht haben.

Diese Heftigkeiten sind das Erschütterndste, was man bisher von den Wirkungen der Hungerblockade erfahren hat. Das Verbrechen der Entente am deutschen Volke schreit zum Himmel. Dennoch wird die Osteomalacie, bis auf kleine Erleichterungen, aufrechterhalten. Zahllose Menschenleben und Gesundheitswerte des deutschen Volkes sind zerstört worden. Und das Elend scheint noch nicht enden zu wollen. Durch die Blockade ist die ganze Menschheit geschändet worden.

Wessen Opfer?

In ihrem Trauerartikel für Hugo Haase hält die „Freiheit“ ihre Behauptung aufrecht, daß Haase ein Opfer der Reaktion geworden sei. Sie schreibt:

Wie Jean Jaurès wurde auch Haase von der Hand eines geistig Minderwertigen gemordet. Doch hier wie dort steht die Reaktion, die sich ihre Opfer unter den bekanntesten Führern des Proletariats ansucht, als Hauptschuldige hinter dem Verbrechen.

Raoul Wlahn, der Jaurès niederschloß, handelte aus offenkundigen politischen Motiven. Im Augenblick des Kriegsausbruchs wollte er den Mann beiseitigen, in dem sein beschränkter Verstand ein Hindernis der Landesverteidigung sah. Eine Ansicht, die sich ohne weiteres als Produkt der reaktionären Sozialistenhege darstellt.

Wer aber war der Mörder Hugo Haases? Ein radikaler Unabhängiger, der bekant hat, dieser Partei am nächsten zu stehen und der in Gewerkschaftsversammlungen konsequent für die Rätebildung eingetreten ist. Gewiß, auch er ist geistig minderwertig, aber seine Wut ist nicht im geringsten von den Schlagworten der Reaktion,

nehmen; sie geht jeden an, der zu den Schreibenden gehört, und das sind wir alle. Insbesondere haben Eltern- und Lehrervereine und alle, denen das Wohl der Kinder und der Schule am Herzen liegt, zu deren Ruhm und Frommen die Pflicht, die Forderung nach Neugestaltung der Rechtschreibung zu der ihrigen zu machen.

Der drohende Theaterwucher. Auf die Gefahren, die dem deutschen Theaterwesen durch die Verdrängung und Ausbeutung drohen, macht Emil Lind im neuesten Heft der „Freien Deutschen Bühne“ aufmerksam. Nach seinen Beobachtungen nähern wir uns immer mehr dem verwalteten System der englischen und amerikanischen Bühnen, das in diesen beiden Ländern überhaupt jede erstklassige Kunst vom Theater entfernt hat. In England und Amerika werden die Darsteller fast nur für bestimmte Stücke verpflichtet; sie reisen mit den Gesellschaften, die alle von einigen wenigen Managern in London und New York „kontrolliert“ werden, im Lande herum und spielen stets dieselbe Rolle, mag das Stück nun 14 Tage oder 14 Monate oder 14 Jahre auf dem Spielplan bleiben. Die Vertreter mit den Schauspielern sehen zu meist, mit Ausnahme der Star-Kontrakte, eine jederzeitige vierzehntägige Kündigung vor, so daß die Existenz der Schauspieler höchst unsicher ist. Dieses System will man nun auch bei uns einführen und damit eine unserer wichtigsten kulturellen Vermögensstellungen, die der deutschen Bühne, vernichten.

Die Direktoren Meinhart und Bernauer, sagt Lind, „will noch darüber hinaus nimmer einmonatige Verträge schließen, eine Maßnahme, die sich allerdings bald gegen sie selbst richten würde. Nur um den Forderungen und Ermahnungen der Wissenschaftler deutscher Bühnengedächtnis entgegenzuwirken! Welch kurzer Wind, der diese Forderungen von der ganzen Zeit losgelöst stellt und nicht ihre enge Verbindung mit dem Kunst und der unteren Lage! Wie folgenreicher, wenn gerade künstlerisch gerichtete Theaterleiter sich trotz von dem Inhalt unserer Zeit loslösen und nicht die Verdrängungen unterstützen wollen, welche die Sicherungen des Theaterbetriebes in den kommenden kühneren Zeiten bedeuten, indem sie eine gemeinsame Basis für alle künstlerischen Faktoren des Theaterbetriebes zu bilden versuchen?“

Lind fordert, daß man einen strengen Umriss mache zwischen den wirklichen Kunststätten und den einfachen Amateur-Theatern, die nur noch im lokalen Teil besprochen werden sollten. Auch die Regierung möchte auf Grund des Kongressparagraphe im geeigneten Maße eingreifen und den künstlerischen Befähigungsnachweis eines Direktors in strenger Weise prüfen. Wenn ein Zusammenschluß mehrerer Bühnen in Frage kommen sollte, dürfte er nur dann stattfinden, wenn die künstlerische Verantwortlichkeit des Leiters unanfechtbar, stark genug und unter allen Umständen bereit ist, die künstlerische Würde der Unternehmungen und damit ihr Anrecht auf besonderen Schutz zu sichern.

Gerd Maurer. Der Niederbruch unserer feinsten Kultur, wie ihn diese Zeit offenbart, hat immer härter ein Heimweh nach der Abgeschiedenheit und Meereseile der Gemüter hervorgerufen, wie allein Asien sie kennt. So war es nicht nur ein äußeres Zeichen, daß Gerd Maurer orientalische Dichtungen für ihren Vortragabend gewählt hatte, den sie im Rahmen der

sondern ganz allein von den blutigen Phrasen der Rabalsten und Rabalsten beeinflusst worden. Bei einem Mann, der ganz im Sinne der linksradikalen Schlagworte stand, ist die Annahme unsinnig, daß die Ermordung Liebknechts oder Rosa Luxemburgs oder Kurt Eisners auf ihn als Vorbild gewirkt habe.

Alles spricht vielmehr dafür, daß seine gewalttätigen Zustände durch den fortwährenden Appell seiner Gesinnungsgenossen an die brutale Gewalt gewirkt worden sind. Der Janaraufstand, der Märzaufrührer, Laten, wie die Ermordung Keurings oder der Münchener Geiseln haben auf diesen Minderwertigen eingewirkt. Die für ihn alltägliche Beobachtung, daß die Kommunisten und linken Unabhängigen sich bewaffneten und mit den Waffen auf die Straße gingen, haben sein krankes Hirn auf den Weg der Gewalttätigkeit gelockt.

So sehr die Ermordung Haases von der U. S. P. in erster Reihe beklagt werden muß, können die Unabhängigen nicht leugnen und werden, daß ihr Führer letzten Endes das Opfer der Gewalttätigkeit des eigenen linken Parteiflügels geworden ist, einer Gewalttätigkeit, die Haase freilich stets bekämpft hat, die aus der U. S. P. zu entfernen er aber nicht stark genug war und die ihm selber schließlich das Leben kostete.

Die Verkehrsperre bleibt.

Die Freitagabend vom „Nacht- und Abendblatt“ gebrachte Nachricht einer Wiltberung der Verkehrsperre trifft, wie wir vernehmen, nicht zu. Ein beschränkter Zugverkehr auf kürzere Entfernungen wird ausrecht erhalten mit Rücksicht auf die für die Volksernährung wichtige Milchversorgung der großen Städte und zur Unterhaltung der notwendigen Postverbindungen. Soweit die Befahrung dieser Züge es gestattet, werden Personenwagen in dieselben eingegliedert, die in erster Linie für die Verbindung des Berufs- und Berufsverkehrs in Frage kommen. Soweit dann noch Platz vorhanden ist, steht die Benutzung dieser Wagen jedermann offen. Solche Züge verkehren nach den versch. ebenen Richtungen.

Es handelt sich dabei aber nicht um einen regelmäßigen Verkehr, der Beförderungsmöglichkeit bleibt, mit denen gerechnet werden kann. Die Güterzüge sind für den Personenverkehr nicht freigegeben. Nur in Ausnahmefällen, deren Dringlichkeit von den Eisenbahndirektionen streng zu prüfen ist, werden einzelne Reisende in Güterzügen auf kurze Entfernungen mitgenommen. Auch das ist nicht bei allen Güterzügen möglich, sondern nur bei solchen, in denen dadurch keine Störung des Güterverkehrs zu besorgen ist.

Die Aufrechterhaltung der erwähnten Zugverbindungen war von vornherein für notwendig erachtet worden. Eine Wiltberung der Verkehrsperre ist nicht darin zu erblicken. Auch diese beschränkten Beförderungsmöglichkeiten können nur ausrecht erhalten werden, so lange die als dringlich anerkannten Fälle sich auf eine kleine Zahl beschränken lassen. Sobald dadurch eine Störung des Güterverkehrs eintritt, wird auch dieser beschränkte Personenverkehr unterbunden werden.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die einschneidenden Maßnahmen der Eisenbahndirektionen haben im Ruhrgebiet bereits zu einer nennenswerten Steigerung der Wagenstellung für Kohle, Holz und Zement geführt. Während in den ersten vier Monaten der vorigen Woche die Wagenstellungen im Ganzen 68 381 Wagen, d. h. im wertschöpfenden Durchschnitt 14 805 Wagen betrug, stieg sie in den ersten vier Tagen der laufenden Woche auf 70 714 Wagen, mithin wertschöpfend auf 17 079 Wagen.

Englische Truppen für den deutschen Osten.

„Daily Express“ teilt amtlich mit, daß die Engländer im Einvernehmen mit den Alliierten zur Aufrechterhaltung der Ordnung Truppen nach den deutschen Ostprovinzen schicken werden, in denen eine Volksabstimmung stattfindet. Die Truppen werden bis Januar dort bleiben.

Die Reform der Rechtschreibung.

Von einem Lehrer wird uns geschrieben:

Warum hört man an amtlicher Stelle so wenig von der Vereinfachung der deutschen Rechtschreibung? Auch hier wäre doch längst Gelegenheit gewesen zu einer Schulreform, die nichts kostet, die im Gegenteil alljährlich Millionen an Geld und Arbeitsstunden ersparen würde. Ein volles Jahr hindurch vergebend der Deutschunterricht einen großen Teil der verfügbaren Zeit in dem fruchtlosen und leider meist sehr eifrigen Bemühen, in die Wissenschaft vom Gebrauch der Groß- und Kleinbuchstaben einzuführen. Die Zeit ist vergeudet — denn man kann, wie Gram in „Deutscher Wörterbuch“, ohne seinen Unterschied auskommen; und das Bemühen ist fruchtlos — denn es gibt keinen Deutschen, weder einen „gebildeten“ noch einen „ungebildeten“, der genau wüßte, was groß und was klein geschrieben wird. Der Kultusminister, der diesem Bildungswahnsinn mit der „Rechtschreibung ein Ende machte, würde sich als Wohltäter seines Volkes einen Ehrenplatz in der Geschichte erwerben.

Man macht sich gemeinlich viel zu wenig Gedanken darüber, 1. wie unsinnig unsere heutige Rechtschreibung ist, 2. welche Verwüstungen im Schulleben sie anrichtet. Völlig richtig legt sie dem Schüler Forderungen: Groß- oder Kleinschreibung? ff oder h oder j? v - f - ph? mit oder ohne Dehnungszeichen? Weist wählst er das falsche. Kein Wunder, wie soll er wissen, was der Lehrer für richtig hält: fernst — fernis — fernst — phänst — fernis fernis — phänst — fernis usw. Die Wahrscheinlichkeit für ein Treffen ist etwa 1:26. Die rote Flut und das Lehrers Klauenfah ergießt sich pflügend über das Heft, schafft Ladel, schlechte Zeugnisse, Tränen, Krüger zu Hause, Diktat- und Aufsatznot. Auf das sein? Soll das so weiter gehen?

Der Schüler wartet eine Fülle neuer Aufgaben: Mehr Pläne des Tages und der Handfertigkeit; Formen, Ausdrucksformen, Zeichen als Ausdrucksmittel; Geschmacksbildung zur Liebreudung des Altstils in Kunst, Literatur, Musik, der Schundarbeit — mehr Selbstbehaltung, Heimatkunde, staatsbürgerliche Erziehung. Die Schule weiß nicht, woher sie die Zeit für alle diese sehr notwendigen Dinge nehmen soll. (A r z e r e Unterrichtszeit — keine Hausarbeiten? Kohlenferien?) Mit der gründlichen Vereinfachung der Rechtschreibung könnte da viel Zeit und Platz für Wertvolles frei werden. Die neue Rechtschreibung möchte sich nur von der Frage nach dem Bedürfnis und größter Zweckmäßigkeit leiten lassen, dürfte also nicht von den Hochgelehrten gemacht werden, die aus Liebhaberei einem Gebrauchsgegenstand noch eine tausendjährige Sprachgeschichte aufzählen möchten.

Das Kultusministerium ist von diesen Seiten mit Vorschlägen und Entwürfen bombardiert worden, ohne daß bisher sichtbare Erfolge zu verzeichnen wären. Vielleicht ist dieser Anregung ein besseres Los beschieden. Die Öffentlichkeit muß sich der Sache an-

nehmen; sie geht jeden an, der zu den Schreibenden gehört, und das sind wir alle. Insbesondere haben Eltern- und Lehrervereine und alle, denen das Wohl der Kinder und der Schule am Herzen liegt, zu deren Ruhm und Frommen die Pflicht, die Forderung nach Neugestaltung der Rechtschreibung zu der ihrigen zu machen.

Der drohende Theaterwucher. Auf die Gefahren, die dem deutschen Theaterwesen durch die Verdrängung und Ausbeutung drohen, macht Emil Lind im neuesten Heft der „Freien Deutschen Bühne“ aufmerksam. Nach seinen Beobachtungen nähern wir uns immer mehr dem verwalteten System der englischen und amerikanischen Bühnen, das in diesen beiden Ländern überhaupt jede erstklassige Kunst vom Theater entfernt hat. In England und Amerika werden die Darsteller fast nur für bestimmte Stücke verpflichtet; sie reisen mit den Gesellschaften, die alle von einigen wenigen Managern in London und New York „kontrolliert“ werden, im Lande herum und spielen stets dieselbe Rolle, mag das Stück nun 14 Tage oder 14 Monate oder 14 Jahre auf dem Spielplan bleiben. Die Vertreter mit den Schauspielern sehen zu meist, mit Ausnahme der Star-Kontrakte, eine jederzeitige vierzehntägige Kündigung vor, so daß die Existenz der Schauspieler höchst unsicher ist. Dieses System will man nun auch bei uns einführen und damit eine unserer wichtigsten kulturellen Vermögensstellungen, die der deutschen Bühne, vernichten.

Die Direktoren Meinhart und Bernauer, sagt Lind, „will noch darüber hinaus nimmer einmonatige Verträge schließen, eine Maßnahme, die sich allerdings bald gegen sie selbst richten würde. Nur um den Forderungen und Ermahnungen der Wissenschaftler deutscher Bühnengedächtnis entgegenzuwirken! Welch kurzer Wind, der diese Forderungen von der ganzen Zeit losgelöst stellt und nicht ihre enge Verbindung mit dem Kunst und der unteren Lage! Wie folgenreicher, wenn gerade künstlerisch gerichtete Theaterleiter sich trotz von dem Inhalt unserer Zeit loslösen und nicht die Verdrängungen unterstützen wollen, welche die Sicherungen des Theaterbetriebes in den kommenden kühneren Zeiten bedeuten, indem sie eine gemeinsame Basis für alle künstlerischen Faktoren des Theaterbetriebes zu bilden versuchen?“

Lind fordert, daß man einen strengen Umriss mache zwischen den wirklichen Kunststätten und den einfachen Amateur-Theatern, die nur noch im lokalen Teil besprochen werden sollten. Auch die Regierung möchte auf Grund des Kongressparagraphe im geeigneten Maße eingreifen und den künstlerischen Befähigungsnachweis eines Direktors in strenger Weise prüfen. Wenn ein Zusammenschluß mehrerer Bühnen in Frage kommen sollte, dürfte er nur dann stattfinden, wenn die künstlerische Verantwortlichkeit des Leiters unanfechtbar, stark genug und unter allen Umständen bereit ist, die künstlerische Würde der Unternehmungen und damit ihr Anrecht auf besonderen Schutz zu sichern.

Gerd Maurer. Der Niederbruch unserer feinsten Kultur, wie ihn diese Zeit offenbart, hat immer härter ein Heimweh nach der Abgeschiedenheit und Meereseile der Gemüter hervorgerufen, wie allein Asien sie kennt. So war es nicht nur ein äußeres Zeichen, daß Gerd Maurer orientalische Dichtungen für ihren Vortragabend gewählt hatte, den sie im Rahmen der

Rammertank-Abende bei Neuh u. Dollat gab. Es ist das Schicksal besonderer und eigenartiger Talente, daß sie länger mit ihrem Erfolg ringen müssen. Aber der geistige Abend zeigte, daß Gerd Maurer auch fern von der Bühne sein letztem Kultivierten zu glücklicher Vollendung kam. Aus der alten indischen Legende leuchtete die weiße Gestalt Savitris in erhabener Reinheit, erfüllt von göttlicher Anbetung und Einleit. Es war gewiß ein großes Ereignis, Musik und Dichtung in Einklang miteinander zu bringen. Aber der Versuch, Max Dautenbergs Novelle „Der Nachtrag von Karafaki“ durch eine begleitende Komposition von Debussy zu unterlegen und zu durchdringen, gelang so vollkommen, daß man von einer künstlerischen Leistung ersten Ranges sprechen kann. Musik und Dichtung wurden ein Ganzes, aus dem das leise Klackern des Regens und der Worte, die monotone Klänge und zarte Zurückhaltung des Orients, die Musik des Weibes und der Stimme der Vortragenden, erhob durch die fremde Vieldeutigkeit ihrer Erscheinung, die sich zuweilen magisch aus dem Flammenschein der Herzen vorbeugte, die Hörer mit der heiteren Torheit und Traurigkeit alles Verganglichen wie mit ihrer Melancholie überströmten. Weniger geeignet erschien die Begleitung für das Gedicht „Der Tempel aus Porzellan“, dessen Duft und zerbrechliche Reinheit durch die Musik zu sehr belastet wird. Alle drei Stücke aber, zuletzt der Gedichtabend der Infantin von Dorat Wilde, wurden mit so feiner Durchdringung und innerer Durchdringung gesprochen, alle Stimmungen so sorgfältig abgemessen, die Höhepunkte so fehr herausgearbeitet, daß der Eindruck sich ungeschwächt bis zum Schluß steigerte. Der Beifall war tief und ergrißend.

Eine Wiltberung über die Gründe menschlicher Wiltberungen oft in eingehender Weise aufzuklären vermögen, ist man sich über die Gründe tierischer Wiltberungen vielfach im unklaren. So wird aus der Schweiz neuerdings über einen Wiltberung des Fuchses berichtet. Der Heerde dauerte über zehn Tage. Thoman berechnet 140 000 Dittelfalter in der Stunde. Alle kamen in rasendem Fluge nordwärts geflogen. Wiltbertrieb des Fuchses halber kann hier nicht in Frage kommen, weil die Raupe des Dittelfalters an keine bestimmte Pflanzengattung gebunden ist. Das Rätselhaftigkeit einer derartigen Massenwanderung ist, wie gesagt, der in vielen einzelnen Tieren gleichzeitig ohne ersichtliche Ursache sich geltend machende Trieb, gemeinsam einem unbekanntem Ziel zuzustreben.

Ein neues Buch von Johannes B. Jensen. Demnach erwidert in Kopenhagen ein neues Buch von Johannes B. Jensen. „Das verlorene Land“. Es gehört zu derselben Reihe wie der „Gleisner“, „Das Schiff“ und „Kornegast“, soll aber das erste dieser Reihe darstellen. Die ganze Serie schließt mit „Christoph Columbus“. Dieses letzte abschließende Werk ist noch nicht erschienen. Das ganze Werk soll den Titel „Die lange Reise“ führen. Es ist bekannt, daß Jensen den Krieg nicht hat leben und nicht über ihn hat schreiben wollen. Die „Lange Reise“ ist das Ergebnis seiner Arbeit in den fünf Kriegsjahren.

Eine Wiltberung. Der Wiener Stadtrat lehnte dem Dichter und Sozialreformer Josef Wopner-Winkler eine jährliche Ehrenpension von 6000 Kronen auf Lebensdauer aus.

Neue Wiltberung ist die kommende Sonntagvormittags-Veranstaltung der „Freie“ vom 9. Nov. gemeldet.

Blind ins Verderben gerannt.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Geislerich: Nach englischen Angaben wurden versenkt weit über 8 Millionen Tonnen, schwerer havariert über 7 Millionen Tonnen. Diese 15 bis 16 Millionen Tonnen gingen weit hinaus über das, was von uns als versenkt gemeldet wurde. Admiral Koch: Unser Schätzungsverfahren war so zuverlässig, wie es nur der gewissenhafte Deutsche machen kann. Der Engländer hätte das nicht so getan.

Auf Anfrage des Abg. Cohn gibt dann Kapitän Bartenbach Auskunft über die Art des Angriffs der U-Boote. Von Ende 1917 an konnte nur noch ohne Warnung mit Torpedoschuß gearbeitet werden, weil jeder Dampfer sofort feuerte.

Singheimer: Wie erklären Sie sich trotz der ungeheuren Versenkungsziffern die Tatsache, daß England nicht niedergewungen wurde?

Koch: Die Wirkung, die wir erreichen wollten, nämlich England müde zu machen, ist ja erreicht worden.

Singheimer: Wozu müde machen? Koch: Zum Frieden genügt. Singheimer: Zu welchem Frieden? Glauben Sie, daß England damals bereit gewesen wäre, in die Preisgabe Belgiens zugunsten Deutschlands zu willigen? Koch: Es ist nicht meines Amtes, darauf zu antworten. Warmuth: Eine Annexion Belgiens war in Deutschland ja niemals in Erwägung gezogen! Cohn: Annexion im Sinne von Einverleibung gewiß nicht. Aber es gibt verschiedene Annexionen. Warmuth: Wir wollen von den Jungen keine Urteile, sondern Tatsachen hören.

Singheimer: Graf Czernin soll durch seinen Bericht an den Kaiser von Oesterreich die Friedensgeniebigkeit Englands zerstört haben. Glaubt der Junge nicht, daß England auch ohne diesen Bericht über die Zustände in Oesterreich durch Tausende von Agenten unterrichtet war? Koch: Das kann ich mir lebhaft vorstellen. Aber ein amtlicher Bericht des Ministers des Neußern an seinen Kaiser ist mehr wert als tausend Agenten.

Gothein: Schon im Frühjahr 1916 hatte Generalstabschef v. Falkenhayn die Ansicht vertreten, daß unsere Verbündeten bestenfalls nur noch 1916 würden durchhalten können.

Warmuth: Ist die Hoffnung des Admirals als eine schnelle Wirkung von Einfluß gewesen auf die Lautstärke? Sind größere Verbesserungen nicht vorgenommen worden, weil es sich nicht mehr lohnte? (Admiral Koch: Nein!) In der „Deutschen Tageszeitung“ berichtet eine Firma, daß sie im September 1917 sich mit einer wichtigen Verbesserung für die U-Boote an das Reichsmarineamt gewandt hätte und daß das Amt geantwortet hat, diese Verbesserungen könnten aller Voraussicht nach in diesem Kriege nicht mehr verwertet werden. Capelle: Wir wurden mit Erfindungen überschwemmt. Spahn: Wann war die U-Bootwaffe technisch so ausgebildet, daß der U-Boot-Krieg hätte mit Erfolg begonnen werden können? Bartenbach:

Die Eröffnung des U-Boot-Krieges im Februar 1915 war wohl etwas zu früh.

Ich hätte den 1. oder 15. April für den richtigsten Zeitpunkt gehalten. Wir besaßen damals etwa 30 Boote.

Gothein: Ich beantrage, über die Differenzen zwischen den jetzigen Mitteilungen über Stand und Aussichten der U-Bootwaffe und dem seinerzeit im Hauptauschuß des Reichstages gemachten Angaben den Abg. Strube als Zeugen zu hören.

Vorf. Warmuth: Bestand die Möglichkeit, Ende Januar an die ausgelassenen U-Boote die Weisung ergeben zu lassen, mit dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg noch nicht zu beginnen?

Koch: Den Rückgabebefehl zu geben, war technisch natürlich möglich, eine Gewähr aber dafür, daß das Telegramm ankäme, bestand nicht, eine Empfangsbekätigung war ausgeschlossen.

Singheimer: Wieviel Zeit stand zur Verfügung, um die Boote funktionsfähig zu machen? (Admiral Koch: Ich schätze jedes bis sieben Tage.) Es waren damals nur 21 Boote nicht im Hafen, in der Zeit vom 29. Januar bis 7. Februar hätte man somit doch wohl alle U-Boote erreichen können.

Koch: Das kann ich nicht wissen. Wenn auch nur ein einzelnes Boot nicht erreicht worden wäre, so hätte doch von diesem schon mancher Dampfer abgeschossen werden können. Auf einem Boot war der Empfangsapparat überdies nicht in Ordnung. Singheimer: Zufall! Das hätte auch bei anderen sein können.

Singheimer: Bei einer so ungeheuer wichtigen Frage, die Friedensvermittlung war angestimmt,

durfte nichts verabsäumt werden, und man muß doch da den normalen Verlauf der Dinge annehmen.

Koch: Es blieb immer dasselbe Risiko.

Singheimer: Wir haben viel Koch im Kriege gehabt. Komte für und nicht auch einmal ein Glückszufall eintreten? (Allgemeines Gelächter.)

Tatsächlich ist vom 7. Februar bis Mitte des Monats kein amerikanisches Schiff torpediert worden, das Blind wäre uns also held gewesen.

Cohn: Komte die Marine aus Zeitungsnachrichten oder auf Grund von Berechnungen aufgebracht? Mannschaften sich ein Urteil über die Ernährungsverhältnisse in England bilden?

Bartenbach: Ich habe sämtliche mir zugegangenen Presseberichte gelesen und auch die Meldungen der U-Boot-Kommandanten entgegengenommen. Aus den Meldungen ging hervor, daß die Versorgung der englischen Schiffe immer geringer wurde, daß die Hochseefahrzeuge keine Kartoffeln, sondern nur noch Rüben an Bord hatten, und daß die Mannschaften über Inoppe Rationierung klagten.

Cohn: Haben Sie in den Wäldern nicht auch gesehen, daß bei den Lebensmittelauktionen mangelnde Käufer in England nicht alle abgesetzt werden konnte, oder haben Sie nicht die Inzinate der Warenhäuser verfolgt, aus denen hervorging, daß England noch

genügend Lebensmittel frei verkaufe?

Regimentskapitän Bartenbach: Gesehen habe ich diese Angelegenheit, verfolgt habe ich sie nicht.

Singheimer: Komten die auf Station befindlichen U-Boote nicht die anderen benachteiligen?

Koch: Das wäre Zufall gewesen.

Konteradmiral v. Bülow: Es handelt sich nicht darum, daß keine amerikanischen Schiffe versenkt würden, sondern daß kein amerikanischer Bürger verletzt würde oder seinen Tod fände. Das hätte auch auf einem englischen Schiffe passieren können.

Abg. Schüding: Ursprünglich waren die Abwehrmittel gegen U-Boote sehr gering. War es nicht ein schwerer politischer Fehler, daß durch das bekannte Interview des Großadmirals Tirpitz die Absicht preisgegeben wurde, daß man durch den U-Boot-Krieg England völlig absperrren wollte. Mühte dadurch nicht erreicht werden, daß England sich darauf einstellte?

Koch: Vom militärischen Standpunkt aus hätte ich jedenfalls das Interview nicht gegeben, aber es ist schwer schäme ich den Fall nicht ein. Er war der Hoffnung, daß der U-Boot-Krieg baldigst einsehen würde, er sah diesen Zeitpunkt als noch gekommen an.

Darauf wird

Abg. Dr. Strube

als Zeuge vernommen über die Angaben, die im Hauptauschuß des Reichstages vom Admiralsstab und Reichsmarineamt über die U-Boot-Waffe gemacht worden sind:

Es ist außerordentlich schwer, über den Stand der U-Boot-Waffe sich ein klares Bild zu verschaffen. Eine viel zu große Zahl von unsicheren Faktoren spricht da mit. Im März 1916 waren insgesamt 23 U-Boote frontbereit, davon waren 11 in der Nordsee. Auch im Januar 1917 waren es nur 20 Boote. Wir besaßen zwar

nur 20 waren frontverwendungsfähig.

Das muß man stets in Betracht ziehen. Später waren es von 203 U-Booten 54 Boote. Uns war es verboten, selbst im Hauptauschuß über die Zahl der U-Boote irgendwelche Angaben zu machen. Als der uneingeschränkte U-Boot-Krieg beschlossen war, teilte Staatssekretär von Capelle im Hauptauschuß mit, daß wir 160 U-Boote hätten. Er sagte das ohne jeden Zusatz, so daß bei den Abgeordneten der Eindruck entstehen konnte und entstand ist, daß diese Zahl auch frontverwendungsfähig war. Es waren aber nur 20 U-Boote davon frontbereit, und

von diesen 20 arbeiteten nur 5 bis 6 an der Westküste von England.

Das ist ein so großer Kontrast, daß Herr von Capelle auf diesen Punkt hätte aufmerksam machen müssen. Wichtig ist, daß die Zahl der frontbereiten U-Boote im Laufe der Jahre 1917 und 1918 auf 26, 43, 47 und noch weiter gestiegen ist. Aber auch diese Zahlen stellen noch im Widerspruch zu den Angaben, die uns im Hauptauschuß des Reichstages gemacht worden sind. Wir haben im Hauptauschuß von Herrn von Capelle eine außerordentlich scharfe Kritik an der Flottenbaupolitik des Herrn von Tirpitz gehört. Da aber auch die Zustände unter Herrn von Capelle sich nicht so entwickelten, wie es notwendig gewesen wäre, schrieben Gothein und ich einen Brief an den Reichskanzler. Um die in diesem Brief enthaltenen Vorwürfe zu entkräften, erklärte Staatssekretär von Capelle, daß wir nunmehr gegen 400 U-Boote hätten.

Die Zahl war unrichtig.

Selbst unter Einrechnung aller verlorenen U-Boote und der noch nicht erbauten U-Boote sind es niemals 400, sondern höchstens 300 gewesen. Ein Irrtum war es auch, wenn Staatssekretär von Capelle amtlich erklärte, zu Anfang des U-Boot-Krieges wären U-Boote serienweise bestellt worden, eine Serie, z. B. U. C., von 1 bis 60. Nähere Untersuchung ergab, daß der Staatssekretär hierbei nicht die tatsächlichen Bestellungen im Auge gehabt hat, sondern Bestellungen, die ihm im Augenblick vielleicht so angenehm gewesen wären wie uns. Wenn man ein richtiges Bild von dem U-Boot-Bau gewinnen will, darf man sich nicht an die Zahl der U-Boote klammern, sondern muß die Tonnenzahl berechnen, denn wir bauten zuerst U-Boote von 100 bis 200 Tonnen, später Boote mit einem Raumgehalt von über 2000 Tonnen. In den 20 Monaten der Amtstätigkeit des Herrn v. Tirpitz im Kriege sind durchschnittlich je 4000 Tonnen bestellt worden, unter Herrn v. Capelle ungefähr 14000 Tonnen im Monat. Das zeigt, daß die erste Kriegszeit nicht voll für den U-Boot-Bau ausgenutzt worden ist. Vor dem Kriege war es noch schlimmer. So sind im ganzen Jahr 1913 nur drei U-Boote und im Jahre 1914 bis zum 1. August ein einziger U-Boot bestellt worden. Während des ganzen Jahres 1915 sind unter Herrn v. Tirpitz 50000 Tonnen bestellt worden, ein Beweis, wie wenig unsere Industrie für den U-Boot-Bau ausgenutzt worden ist. Die haben uns wiederholt an den Reichskanzler und an Herrn Bahnschaffe gewandt, es wurde uns aber immer erwidert, daß Nachbestellungen keine Zweck hätten, es geschähe schon alles. Das aber war nicht richtig. Die Werften hätten 1917 139 U-Boote bauen können, bestellt wurden nur 56.

„Weser“ und „Sulkan“ wünschten Nachbestellungen; es wurde abgelehnt.

Es wurden sogar Ruhrpauzen im U-Boot-Bau angeordnet, damit der Arbeiterbau nicht beeinträchtigt würde. Die Danziger Werft verlangte sogar Aufträge, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Der Zuwachs an U-Booten betrug nicht mehr als 1 Proz. im Monat. Wir haben uns auch an Ludendorff gewandt. In der letzten Besprechung der Parteiführer mit Herrn v. Bethmann Hollweg am 1. Juli 1917 hat Herr v. Capelle erklärt, 158 U-Boote wären fertig und 250 im Bau. Tatsächlich waren nur 150 Boote im Bau; die anderen wurden erst Ende 1917 begonnen. Später wurde von Kapitän Brüningshaus erklärt, alle Werften wären überfüllt; 470 Boote wären bestellt. Davon waren aber 289 Boote noch nicht einmal im Bau begonnen und sind viel viel später fertig geworden. Man hat nicht einmal alle Werften dem U-Boot-Bau dienlich gemacht. Vorwürfe will ich nicht erheben, aber beklagenswerte Irrtümer liegen vor. Herr von Capelle war wenig unterrichtet über die tatsächliche Lage, und so blieb die beste Zeit ungenutzt. Gäßen Herr v. Bethmann Hollweg und der Admiralsstab diese Sachlage früher gekannt, der U-Boot-Bau wäre sicher energischer und emsiger betrieben worden.

Warmuth schlägt vor, jetzt die Verhandlungen abzubrechen, da der Admiralsstab wohl die Absicht haben werde, ausführlich auf den Abg. Dr. Strube zu antworten. Capelle stimmt zu, bittet aber, ihm noch ein paar kurze Erwiderungen zu gestatten: Der Abg. Strube hat mir zwei Vorwürfe gemacht. Den ersten, daß ich den Haushaltsauschuß nicht ausreichend unterrichtet hätte, und zweitens, daß ich nicht sofort U-Boote gebaut hätte wie wir in der Lage gewesen wären, zu bauen. Herr v. Capelle verliest Teile aus seiner Rede im Haushaltsauschuß vom 22. März. Die Frage war die, wieviel U-Boote dazu gehörten, um die Westküste von England zu besetzen. Im ganzen waren dazu 15 U-Boote erforderlich. Es waren 20 verfügbar, die an sich genügten, um die drei Stationen zu besetzen. Der Staatssekretär a. D. behält sich weitere Ausführungen für die nächste Sitzung vor.

Diese findet am Dienstag um 10 Uhr vormittags statt. Schluß gegen 2 Uhr.

Spaltungskonferenz der K. P. D.

Die Berliner „rote Fahne“ veröffentlicht einen ausführlichen Bericht der Spaltungskonferenz der K. P. D., die bekanntlich zur Spaltung der Partei führte. Auf der Konferenz waren 43 Delegierte anwesend, von denen 18 gegen die Leitlinie der Parteizentrale stimmten und infolgedessen aus der Partei hinausgewiesen wurden. Die Zentrale konnte ihre knappe Mehrheit nur dadurch etwas verbessern, daß sie sich selbst das Stimmrecht — gegen den heftigen Widerspruch der Opposition gewähren ließ, wodurch ihre Mehrheit von 25 auf 31 Stimmen stieg. Doch hatte sie auch hierdurch nicht verhindern können, daß vor der en bloc-Akzeptanz der Leitlinie die Opposition die Oberhand gewann.

Die acht Punkte, die das neue Programm der K. P. D. bilden sollen, sind dadurch beachtenswert, daß sie als poli-

tische Kampfmittel Massenstreik, Massendemonstration und vor allem auch den Aufruhr in Betracht ziehen, daß sie die individuelle Sabotage und den Syndikalismus als Kampfmittel verwerfen, dagegen die Beteiligung an parlamentarischen Wahlen als Kampfmittel zulassen. Für den Geist der Diktatur, der in der K. P. D. herrscht, ist der Punkt 8 charakteristisch, der in seiner von der Zentrale vorgelegten Fassung folgendermaßen lautet:

„Mitglieder der kommunistischen Partei Deutschlands, die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen, oder ihn in Wort und Schrift oder Aktion entgegengehandelt haben oder entgegen handeln, haben aus der Partei auszuschließen.“

Dieser Punkt wurde unter Streichung der Worte „oder ihnen in Wort und Schrift oder Aktion entgegengehandelt haben oder entgegen handeln“ angenommen.

In der Diskussion über das Programm bekämpften die Anhänger der Zentrale die Opposition als Syndikalisten und forderten straffste Einheit der Partei, die nach dem Urteil des Vorsitzenden bisher nur „ein wirrer, wider „Hausen“ gewesen ist. Die Opposition verwarf sich auf das Beständige gegen die Behauptung, syndikalistisch zu sein und beschuldigte die Mehrheit einer „putschistischen Grundstimmung“. Jeder Teil bezeichnete den anderen als feindsüchtig und gegenrevolutionär. An Offenherzigkeiten fehlte es nicht. Ein Mitglied der Zentrale verlas einen Artikel aus der Hamburger „N. A. Z.“, dem Hauptorgan der Minderheit und bemerkte dazu: „Ein Schuft, ein Lump, ein Strolch, der das geschrieben hat“. Die Minderheit beschwerte sich über den Terror der Zentrale und behauptete, etwas Ähnliches wie die Schlusssätze des Programms (Punkt 8) habe noch kein katholisches Konzil zu unternehmen gewagt. Wogegen ein Redner der Mehrheit erklärte, Lenin und Trotzki würden mit den Hamburgern und ihrem Anhang noch ganz anders verfahren sein.

Nachdem die Leitlinie mit 31 gegen 18 Stimmen angenommen waren, wurden die 18 Delegierten, die dagegen gestimmt hatten, ohne jede weitere Formalität für ausgeschlossen erklärt. Eine Erklärung der Opposition, die dagegen protestierte, half dieser nichts. Der Vertreter der Zentrale erklärte unter ungeheurem Lärm, daß durch die Abstimmung die Spaltung vollzogen sei und schloß die Opposition von den weiteren Beratungen aus, indem er ihr das Lokal des nächsten Verhandlungstages nicht mitteilte. — So Kommunisten unter sich, ein Vorgesamter für die „Diktatur des Proletariats“.

Der Kampf um die Kriegsgefangenen.

Der „Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ schreibt uns in Erwiderung auf unseren Artikel „Der Kampf um die Kriegsgefangenen“ vom 5. Oktober d. J.:

Sie bringen in Ihrem Artikel Behauptungen vor, welche die Tätigkeit und die Vermögenslage des „Volksbundes“ betreffen, die geeignet sind, in der Öffentlichkeit ein falsches Bild über den „Volksbund“ zu verbreiten. So schreiben Sie u. a., daß der „Volksbund“ zur Befreiung der Kriegsgefangenen nichts beigetragen habe, und daß weder er noch eine andere Organisation in der Lage war, irgend etwas zur Befreiung der Gefangenen beizutragen. Ohne das näheren auf das große Gebiet der von uns entlassenen Tätigkeit hinzuweisen, führen wir bloß eine Depesche des Vorsitzenden der zuständigen Unterkommision der Waffenstillstandskommission in Spa an, in welcher es bereits am 5. Februar 1919 heißt:

„Zusicherung sofortiger und in kürzester Zeit durchzuführen der Rückgabe aller deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen nach Abschluß des Vertrages dürfte nicht in letzter Linie hingebungsvoller Tätigkeit des Volksbundes zuzuschreiben sein, der die Dankbarkeit aller Gefangenen und ihrer Freunde in reichstem Maße verdient.“

Sie schreiben ferner, daß der „Volksbund“ mit seinen vielen Mitgliedern, die in der Mehrzahl natürlich auf dem Papier stehen, prächt, und daß, wäre die angegebene Mitgliederzahl richtig, der „Volksbund“ eine Jahresumlage von 24 Millionen Mark haben müßte. Demgegenüber verweisen wir darauf, daß der „Volksbund“ tatsächlich über mehrere Millionen Mitglieder verfügt, die sorgsam in zahlende und nicht zahlende zerfallen. Aus diesem Grunde ist ein Rückschluß von seiner Mitgliederzahl auf sein Vermögen unmöglich. Sie schreiben weiter, daß eine Propaganda, wie der „Volksbund“ sie betriebe, hat, für Deutschland völlig überflüssig gewesen ist. Demgegenüber verweisen wir darauf, daß durch unsere rege Propaganda in die weitesten Volkskreise der Gedanke getragen wurde, daß durch das Volk als solches, durch seine tätige Mitarbeit und den gemeinsamen kundgegebenen Willen ungeheuer viel zu dem Befreiungswerk als solchem beigetragen war. Außerdem richtete sich unsere Propaganda in ihrer Hauptabsicht gegen das neutrale und auch gegen das feindselige Ausland, damit der Meinung in den fremden Bevölkerungen, „Deutschland wolle seine Gefangenen nicht wieder, die deutsche Bevölkerung verhalte sich vollkommen passiv“ auf das wirksamste entgegengetreten wird. — Des Weiteren drucken Sie die Ausführungen der „Frankfurter Volksstimme“ nach, in welchen an Hand eines Briefes nachgewiesen werden soll, daß der „Volksbund“ einen Hilfesuchenden abgewiesen habe. Wir bemerken demgegenüber, daß unsere Frankfurter Ortsgruppe in diesem erwähnten Briefe die Unterstützung in der Nachforschung nach einem Vermissten nicht gewähren konnte, da, wie aus diesem Briefe ersichtlich, der „Volksbund“ in der Vermisstenforschung sich nicht betätigt. Zu allem erwähnt der Hilfesuchende selbst, daß er sich um Nachforschung an andere Organisationen bereits ohne Erfolg gewendet hat. — Endlich fügen Sie, der „Volksbund“ habe durch die Unterredung des Prof. Bucherer mit dem englischen Oberst Khan hervorgerufen, daß die Kommandanten in den englischen Lagern die Mitteilung angefragt hätten, die deutsche Regierung tue nichts, um die Gefangenen zu befreien. Wir verweisen darauf, daß dieser Anschlag aus zeitlichen Gründen schon nicht in Zusammenhang mit der Unterredung des Prof. Bucherer stehen kann, da diese Unterredung am 6. August d. J. stattgefunden hat, während Reichsminister Müller in der Nationalversammlung am 12. August bereits über die Angelegenheit sprach. Es ist unmöglich, daß vom 6. bis 12. August der Bericht des englischen Obersten an seine Regierung gelangt ist, der Waueranschlag erfolgte, vom englischen Lager die briefliche Mitteilung über denselben an die deutsche Regierung kam, und von dieser am 12. August schon Gegenstand einer Anfrage

und Beantwortung in der Nationalversammlung wurde. Außerdem besitzt der „Vollsbund“ ein Schreiben des Kriegsgefangenen Ernst Ruhbaum von der P. a. B. Comp. 888, in welcher dieser am 19. Juli d. J. seiner Mutter, Frau Flora Ruhbaum in Fulda, Kenntnis von diesem Maueranschlag gibt. Außerdem verzeihen Sie selbst in Ihrem Briefe vom 18. 10. J. unter „Die Quelle der Verleumdung“ die Mitteilung, in der offiziell festgestellt wird, daß die „Daily Mail“ im Dezember 1918 oder Januar 1919 bereits dem Staatssekretär Bauer die Äußerung, aus welcher der Maueranschlag hervorgeht, untergeschoben habe. — Im übrigen sei, wie Sie in Ihren Ausführungen vom 5. d. M. auch zugeben, daran erinnert, daß die Leitung des „Vollsbundes“ und mit ihr die Vertreterversammlung aller Ortsgruppen in Weimar auf das entschiedenste gegen das Vorgehen des Prof. Wucherer Stellung genommen haben. — Bei diesem Anlasse wollen wir zu Ihren früheren Beschuldigungen, daß wir „reaktionär und regierungsfeindlich“ sind, erwähnen, daß wir uns niemals parteipolitisch betätigt haben. Bei einer so großen Organisation, die Angehörige aller Parteirichtungen vereinigt trägt es sich zu, daß in öffentlichen Versammlungen auch politische Meinungen geäußert werden; sie dürfen aber keinesfalls der Gesamtheit des „Vollsbundes“ zur Last gelegt werden. Außerdem hat die Leitung bei allen Anlässen die Ortsgruppen darauf hingewiesen, das politische Gebiet nicht zu betreten.

Hierzu bemerken wir nur kurz, daß uns das bisherige tatsächliche Auftreten des „Vollsbundes“ — einzelne Entgegnungen gibt ja die Zeitschrift selber zu — keineswegs von seiner strengen Neutralität hat überzeugen können. Wir brauchen uns auch nur sein Vereinsorgan anzusehen, das vorn und hinten mit Polemiken gegen sozialdemokratische Blätter angefüllt ist.

Ludendorff und die Freimaurer.

Man schreibt uns: In seinen Kriegserinnerungen spricht General Ludendorff von der „feindlichen Propaganda“ und der „Verfälschung der Volksstimmung“ und sagt in diesem Zusammenhang auf Seite 200: „Auch die Logen der Welt arbeiteten, wie schon lange von England geführt, mit dem ganzen unheimlichen Einfluß dieses

machtvollsten aller Geheimbünde in dem Dienst angelsächsischer und damit für uns internationaler Politik. Nur die preußischen Landeslogen werden hier vor frei gelassen sein.“

Diese Anschuldigung beruht auf einer Unkenntnis, die schwer verständlich ist. Sie richtet sich sowohl gegen ausländische wie gegen deutsche Freimaurerlogen. Als ausländische Logen seien die der Schweiz, der skandinavischen Staaten, Hollands und Ungarns genannt. Daß sie im Dienst angelsächsischer Politik gearbeitet hätten, ist eine willkürliche, zum Teil handgreiflich falsche Behauptung. In Deutschland gibt es außer den „preußischen Landeslogen“, die Ludendorff allenfalls von seinem Vorwurf ausschließt, eine große Anzahl Tochterlogen der Hamburger, der Sächsischen, der Bayreuther, der Frankfurter, der Hessischen Großloge und eine Reihe unabhängiger thüringischer Logen. Sie allesamt weisen die Verdächtigung, im Dienst angelsächsischer Politik gearbeitet und die feindliche Propaganda und die Verfälschung der Volksstimmung gefördert zu haben, nachdrücklich zurück. Sie haben opferfreudig für das Vaterland gewirkt, und viele ihrer Mitglieder haben ihre Treue gegen das Reich mit ihren Leben bezeugt.

Wie wir hören, wird gegen die vom General Ludendorff erhobene Anklage ein öffentlicher Protest seitens der deutschen Freimaurerlogen erfolgen.

Der „Zuchthäusler“.

Um die völlige Verderbtheit der jetzigen Zustände zu kennzeichnen, hatte die „Deutsche Tageszeitung“ geschrieben, in Stuttgart sei ein sozialdemokratischer Arbeiter namens Wiegorski zum Bürgermeister gemacht worden, der schon im Zuchthaus gefesselt habe. Jetzt muß sie sich selber zu dem Wesen dieses Mannes, daß Genosse W. vor 17 Jahren einem politischen Tendebrödel zum Opfer gefallen ist, der lebhaft an den Essener Meinelidsprozeß erinnert. Ein sozialdemokratischer Versammlungsredner sollte wegen Majestätsbeleidigung verurteilt werden. Zwei Polizisten folgten unter Amtseid gegen ihn aus, 11 Zeugen, darunter Wiegorski, bekundeten, daß der Neben die entsprechende Äußerung nicht getan habe. Die Folge war — getreu der Traditionen der wilhelminischen Ära —, daß nicht nur der Angeklagte verurteilt, sondern auch

nach die Entlassungszeugen wegen Meineids angeklagt und ins Zuchthaus gesteckt wurden. Der uniformierte Sid floß! Ein Zoll von Klassenjustiz, wie er offenkundiger gar nicht gedacht werden kann. Und Leute, die solcher Justiz zum Opfer gefallen sind, sollten wir, sollte die Arbeiterschaft deswegen geringer achten? O nein, wir erklären der „Deutschen Tageszeitung“ für alle künftigen Fälle mit voller Deutlichkeit: Die Opfer der gemeinen und bewußt parteiischen Massenjustiz zur Zeit Wilhelms, die Leute verurteilt, nicht weil sie der Schuld überführt wurden, sondern weil sie politische Gegner waren, sind für das deutsche Volk im höchsten Maße achtbare Ehrenmänner. Verächtlich sind für uns nur Leute, die aus politischer Voreingenommenheit unschuldige Menschen ins Zuchthaus stecken.

Wie es wirklich war!

Unter der Überschrift „Rührend, rührend“ wurde hier eine freie Phantasieschilderung der „Täglichen Rundschau“ gebührend festgenagelt, die mit tränenfälliger Sentimentalität die Vertreibung der Kaiserin durch rote Revolutionäre aus dem Schloß schilderte. Demgegenüber sei nun hier die Wirklichkeit festgestellt, wie sie uns ein Leser schildert:

Die Kaiserin befand sich am 9. November 1918 überhaupt nicht im Schloß, sondern im Neuen Palais. Prinz Eitel Friedrich war bei ihr, als Soldaten kamen, um auf dem Neuen Palais die rote Fahne hochzuziehen. Eitel Friedrich ging zu den Soldaten hinaus und sagte ihnen, sie sollten die Flagge nur hochziehen, worauf die Soldaten sich aufs Dach begaben und nach Hissung der Flagge ohne jeden weiteren Zwischenfall das Schloß verließen. Die Kaiserin blieb noch ruhig und unbehelligt mehrere Tage im Schloß. Pastor Dehander hielt in Gegenwart der Kaiserin und der Hausgenossen einen Gottesdienst ab, und am Tage nach diesem Gottesdienst reiste die Kaiserin, begleitet von der Gräfin Keller, einem Kammerherrn und zwei Oberkammerfrauen, nach Holland. Sie ist persönlich überhaupt nicht mit Revolutionären in Verührung gekommen.

Schade, es ist wieder einmal nichts mit der rührenden Hohenzollern-Legende!

Wie der Weltkrieg entstand. Unter diesem Titel erscheint demnächst ein Buch Kautzky's über seine Untersuchungen im auswärtigen Amt.

Aufruf!

In den nächsten Tagen wird die Deutsche Spar-Prämienanleihe zur Zeichnung aufgelegt. Diese Anleihe bietet dem deutschen Sparer ganz neue Möglichkeiten der Kapitalsanlage. Sie gewährt dem Zeichner die Aussicht auf große Loggewinne ohne jede Gefährdung des Einsatzes.

Die Spar-Prämienanleihe schont und begünstigt die Kriegsanleihen und erleichtert zugleich der jetzigen Generation die Last der Reichsschuld. Das gute Gelingen dieser ersten deutschen Friedensanleihe wird das Vertrauen in die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens im Inlande und im Auslande befestigen und die notwendige Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen fördern.

An das gesamte deutsche Volk in Stadt und Land richten wir daher die Aufforderung, durch Wort und Tat für dieses Ziel zu wirken. Die neue Anleihe bedeutet einen wichtigen Schritt zum Wiederaufbau unserer gesamten Volkswirtschaft.

Wer zeichnet, gewinnt und spart!

Der Ausschuß zur Förderung der Deutschen Spar-Prämienanleihe

Berlin W 9, Budapester Straße 5

Franz von Mendelssohn, Präsident der Handelskammer zu Berlin
Vorsitzender

Universität Professor Dr. Felix Bernstein, Göttingen
1. stellvertretender Vorsitzender

Regierungsrat Dr. Schippel, Berlin
2. stellvertretender Vorsitzender

Geh. Kommerzienrat Eduard Arnhold, Berlin • Paul Baeder, Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Berlin • Josef Becker vom Verband der christlichen Gewerkschaften, Berlin-Lichtenberg • Kommerzienrat Beindorff, Präsident der Handelskammer Hannover • Verlagsdirektor Georg Bernhard, Berlin • Stadtkämmerer Boeh, Berlin • Direktor Dr. Bolle, Vorsitzender des Berliner Philologen-Vereins, Karlshorst • Universitätsprofessor Borkiewicz, Berlin-Halensee • Bodenheimer, Direktor der Bank für Handel und Industrie, Berlin • v. Braun, Unterstaatssekretär a. D., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft • Generaldirektor Heinrich Brückmann, Berlin • Geheimrat Budde, Präsident der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin • Rechtsanwalt Creelius, Berlin • Geh. Justizrat Dr. Hans Crüger, Anwalt des Allg. Deutschen-Genossenschaftsverbandes, Berlin • Professor Dr. Dade, Berlin • Geheimrat Justizrat Dietrich, M. d. R., Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, Prenzlau • Studienrat Prof. Ernst Dible, Berlin • von Dombois, Präsident der Preussischen Staatsbank, Berlin • Oberpostsekretär Domschke, vom Verband mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten • Dr. Otto Driesen, Charlottenburg • Geheimrat Kommerzienrat Philipp von Eichhorn, Präsident der Handelskammer Breslau • Geheimrat Kommerzienrat Engelhard, Präsident der Handelskammer Mannheim • Dr. jur. R. Faber, Vorsitzender des Vereins deutscher Zeitungverleger, Magdeburg • Kommerzienrat Otto Fischer, Direktor der württembergischen Vereinsbank und Vorsitzender der Württembergischen Bankvereinigung, Stuttgart • Geheimrat Kommerzienrat Frenkel, Vorsitzender des Vereins für die Interessen der Fondsbörse, Berlin • Carl Fürstenberg, Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin • Carl Galmert, Vorsitzender der Zentralvereinigung der Deutschen Vereine für Handel und Gewerbe, Berlin • Regierungsrat Gennes, Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Berlin • Generaldirektor D. Gerstenberg, Präsident der Lebensversicherungs-Gesellschaft Vittoria, Berlin • Herbert Gutmann, Direktor der Dresdener Bank, Berlin • Geheimrat Kommerzienrat Dr. Louis Hagen, Präsident der Handelskammer Köln • Landtagsabgeordneter Gustav Hanzer, Mitglied der Württemb. Landesversammlung, Stuttgart • Reichsbankpräsident Dr. Havenstein, Berlin • Dr. Heiligenstadt, Präsident der Preussischen Zentralgenossenschaftsklasse, Berlin • Kommerzienrat Heimann, Bankier, Breslau • Dipl.-Ing. Hellmich, Direktor des Vereins deutscher Ingenieure, Berlin • Paul Hennig, Vorsitzender des Vereins der Deutschen Kaufleute, Kaufdorf • Kommerzienrat Heumann, Präsident der Handelskammer Königsberg • Kommerzienrat Theodor Hinsberg, Geschäftsinhaber des Barmer Bankvereins • Carl Joergler, i. Fa. Delbrück Schickler & Co., Berlin • Johannsen, Vorsitzender des Reichs-Landarbeiter- und Bauernrats • Leo Joseph, 2. Vorsitzender des Journalisten- und Schriftstellervereins Arbeiter-Schutz, Berlin • Stadtrat Jursch, Direktor der Deutschen Girozentrale, Berlin • Reinath, Geschäftsführer des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Berlin • D. Klein, Verband der deutschen Gewerkschaften • Geheimrat Kommerzienrat Kopecky, Vizepräsident der Handelskammer zu Berlin • E. Korthaus, Direktor des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften • Kommerzienrat Ernst Labenburg, Präsident der Handelskammer Frankfurt am Main • Bankier Landau, Berlin • Bankier Loeb, i. Fa. Mendelssohn & Co., Berlin • Siegfried Manasse, Vorsitzender des Verbandes reisender Kaufleute, Berlin • Manikewitz, Direktor der Deutschen Bank, Berlin • Paul Marx, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Presse, Berlin • Geheimrat Studienrat Direktor Dr. Mellmann, Vorsitzender des Vertretertages der Preuss. Philologenvereine, Berlin • Oberbürgermeister Dr. W. W. Müller, Geschäftsführer des deutschen Städtebundes • Rektor Müller, Schatzmeister des deutschen Lehrervereins • Hans Oswald, Leiter der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin • Kommerzienrat Pinius, Vizepräsident der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin • Dr. Pinner, Handelsredakteur des „Berliner Tageblatts“ • Bankier Richard Pohl, i. Fa. Harby & Co., Berlin • Geheimrat Kommerzienrat Josef Pischor, Präsident der Handelskammer München • Direktor Dr. Quiring, Reichsverwertungsamt, Berlin • Präsident Carl Rahardt, stellvertretender Vorsitzender des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Berlin • L. Ravené, Präsident des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Berlin • Hermann Reckendorf, Geschäftsführer der Werbedienst G. m. b. H., Berlin-München • Friedrich Reinhardt, Direktor der Mitteldeutschen Creditbank, Berlin • Reusch, Landesbankdirektor und Geschäftsführer des Deutschen Sparassensverbandes, Münster • Richard Riel, Vorsitzender des Kleinhandelsausschusses der Handelskammer zu Berlin • Major Otto Romberg, 1. Direktor des Reichsarbeits-Nachweises für Offiziere, Berlin • Julius Rosenberger, Direktor der Commerz- u. Discontobank Berlin-Hamburg • Fr. Rüdiger, Vorsitzende des Vereins der Post- und Telegraphen-Beamten • Fr. Dr. Alice Salomon, stellvertretende Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine, Berlin • Dr. Salomonson, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, Berlin • Dr. Schacht, Direktor der Nationalbank für Deutschland, Berlin • Generalleutnant z. D. Scheuch, Berlin • Joseph Schmidt, Geschäftsführer des Reichs-Landarbeiter- und Bauernrats • Geheimrat Kommerzienrat Schmidt, Präsident der Handelskammer Leipzig • Schmitt, Direktor der Städtischen Sparkasse • Direktor Morig Schulze, Mitteldeutsche Privatbank A.-G. Magdeburg • Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Schumacher, Berlin-Steglitz • Dr. v. Schwabach, i. Fa. S. Weichroeder, Berlin • Direktor Schwarz, Landwirtschaftliche Zentral-Darlehenskasse für Deutschland, Berlin • Dr. James Simon, Vizepräsident der Handelskammer zu Berlin • Werner Sinn, Geschäftsführer des Vereins Berliner Vorortpresse, Berlin-Wilmersdorf • Direktor W. Waldschmidt, Generaldirektor der Ludwig Loewe A.-G., Berlin-Grünwald • Waller, Geschäftsinhaber der Discontogesellschaft, Berlin • Dr. Warmbold, Ministerialdirektor im preuss. Landwirtschaftsministerium, Berlin • Marianne Weber, 1. Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine, München • Dr. Wilms, Oberbürgermeister a. D., Vorsitzender der Deutschen Waffenstillstandskommission, Berlin • Direktor S. Winter, Königsberg • Dr. L. Zach, Handelsredakteur der „Germania“, Berlin •

Weitere Unterschriften werden später veröffentlichte.

Opernhaus.
Die lustigen Weiber
von Windsor.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Schauspielhaus.
Maria Stuart.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
1 Uhr: Cymbelin.
12 Uhr: Niddy moskoven, Tänze
7 Uhr: Jaankobs Traum.
Kammerstücke.

1 Uhr: Iwanow.
12 Uhr: Frühlings Erwachen
7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora

Volksbühne Theater
7 1/2 Uhr: Predigt in Litauen.

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: Fri. Julie, D. grüne Kakadu
(Tilla Durieux, Iika Grüning,
Dagny Servais, Fritz De las,
Hans Fischer, Eugen Köpfer,
Emil Lind, Konrad Veidt).
Sonntag 7 1/2 Uhr: Fräulein Julie.
Montag 7 1/2 Uhr: Christa die Tante

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr: Cyprienne.
(Leopoldine Konstantin, Kurt
Götz, Erich Walter.)

Circus Busch
Sonnab., 8. Nov., abds. 7 1/2:
Martha Mohrke
Schalfeierin Goldchen
sowie d. neue Nov.-Progr. I
u. a. Albas d. verwegene
Kopfläufer.
Zum Schluss:
„Aphrodite“
Besonders hervorzuheb.:
Mephistopheles
entführt das Modell

Königgrätzer Straße
12 Uhr: Schloß Wetterstein
sonntag nachm.: Erdgölz
(Lulu: Maria Orska).
Abends: Ein Traumspiel
sonst.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
12 Uhr: Liselott v. d. Pfalz
sonntag nachm.: Die Ehre.

Berliner Theater
12 Uhr: Hummel-
Studenten.
sonntag nachm.: Die tolle Komödie

Blauer Ssarafan
Russische Kleinkunstbühne
Bölowstr. 6.
14 musik. Kunstbld.
Kunstbld.
Russ. Ballett und Ballettska.
Vorverkauf Theaterkasse
10-1, ab 6 abds. u. an der
Theaterk. Wertheim, Leipz. S.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Rotkäppchen.
7 1/2 Uhr:
Das Gesetz.

Richard G. W. G.
Lichtspiele
Köpenicker Str. 68
(National-Theater)

**Die Brüder von
St. Parasitius**
Stuart Webbs
Ernst Reicher

Die Spione
Hauptrolle:
Max Landa

Central-Theater
12 Uhr: Die Faschingstee.
Deutsches Opernhaus
1 Uhr: Tiefiland.
Die Tribüne
7 1/2 Uhr: „Die Wandlung“
Eden-Theater
7 1/2 Uhr: „U. A. W. G.“
12 Uhr: Prinzessin von Nil.
Friedr.-Wilhelms-Th.
7 1/2 Uhr: Peter und Paul.
7 1/2 Uhr: Gretchen.
Kleines Theater.
12 Uhr: Er kann nicht befehlen.
Kl. Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: Helden.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Liebeszauber.
12 Uhr: Schwarzwaldmädel
Lustspielhaus
12 Uhr: Der Großstadt-Kavaller
Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill
sonntag 3 Uhr: Charleys Tante
mit Theaterscher.

**APOLLO
THEATER**
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7 1/2 Sonntags, u. 7 1/2

**Nur noch
dies. Monat**
Die große Varieté-
Ausstattungs-Schau
**Die Welt
im Jahre
2000!**
Unter anderem:
Modenschau u.
Potsdamer Platz
im Jahre 2000
Blockade-Ballett!
10 Ikarier z. Pferde
4 Urbans
Senta Söneland
Lambertz-Paulsen
Lucie Blattner
Alex Stamer,
Sonnt. 3 1/2, Erwachs.
1 Kind frei!

**METROPOL
KABARETT**
68 BREITENBURGER STR. 54

das hervorragendste
Novemberprogramm
Anfang 7 Uhr

Der Wiesengarten
Theater des Westens
4 Uhr: Max und Moritz.
7 1/2 Uhr: Die Frau im Hermelin
12 Uhr: Die lustige Witwe.
Theater d. Friedrichstadt
7 1/2 Uhr: Dr. Stiglitz
mit
Rud. Schildkraut

Waldner-Theater
7.15
Uhr
Eine Ballnacht.
sonntag 3 1/2 Uhr: Die Geisha
mit Mia Werber.

Admirals-Palast.
Allabendlich 8 Uhr:
Die lustige Puppe

Admirals-Kino
Uraufführung
Der rote Sarafan.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 62 Zimmerstr. 90-91
Heute und morgen
Gr. Doppel-Konzert
Weinerrasse
Eigene Konditorei

WIENER RESTAURANT
Inh. JOSEF ZOLLER
Berlin-Charlottenbg., Joachimsthaler Str. 41
Fernsprecher: Steinglatz 3033
nahe Zoo) zwischen Kantstraße und Kurfürstendamm.

Residenz-Theater.
Untergrunda. Klosterstraße,
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Häusel und Gretel.
Täglich heut: 302. Male
Das höhere Leben.
Von Hermann Sudermann.
Regie: Alfred Rottler,
Erich Kaiser-Titz, Olga Lim-
burg, Harry Liedtke, Rosa
Valenti, Marietta Oly, Emma
Debaer, Günsel, Mamelok,
Brenkendorf.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.
2. 384 Male: Der gute Ruf.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße,
Untergrundbahn Friedrichstr.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Aschenbrödel.
Täglich 1/2 Uhr:
Maskerade.
Von Ludwig Fulda.
Regie: Alfred Rottler,
Hans Arnsfeldt, Eugen Burg,
Käthe Garsch, Paul Blöb,
Jul. Falkenstein, Hugo Flink,
Paula Levermann, Emmi Wyda.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:
Johannsfest.

Reichshall-Theater
7 1/2 Uhr und Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Stettin. Sängers
nachm. 7 Uhr: Dr.
Brückhoffen-G.
Bahnhof-Breitl.

**Schau Bühne
Moritzplatz**
(runder Bogenhagen).
Täglich 9 1/2 Uhr:
Große
**Internationale
Ringkämpfe**
unter Beteiligung d. besten
Ringer der Jetztzeit.
Gesamtpreis:
15 000 Mark.
Vorher das
Riesen-Varietéprogr.
6 Attraktionen.
Anfang 7.30 Uhr.
Alles Näheres durch den
tägliches Säulenanzeige

Georg Müller Säger
*
Josef Sandmeier
Das Gebirge
Novellen
Von jugendlichen Sehnsüchten
erfüllte Märtyrer-Schicksale
zwei an Abgründen des Le-
bens sich treffender und er-
kennender Menschen
Kartons 3 Mark
(mit 10% Buchhändler-Aufschlag)
Georg Müller Verlag
München, Elisabethstr. 26
Verlangen Sie kostenfrei unsere Kataloge

Walhalla-Theater.
1 1/2 Uhr:
Eine Frau wie Du.
Theater am Kochensee Tor,
Tel. Moritzplatz 14814.
Jed. Abend 7 1/2 Uhr:
Sitte-Sänger
9 neue Uebers. der
Götter-Sänger.
sonst. 3 Uhr
ermäß. Preisverlei
Abend-Programm
1 Kind frei!
Reichlich gestülpt.
Sänger-Konst. Beg. 12 Uhr.
Vorverkauf 11-12 u. 4-6 Uhr.
Neues Programm!

Königstadt-Theater
7.30 Alexanderstr. 21. 7.30
Varieté-Spielplan.
Bursche: Doktor wider Willen

Casino - Theater
Lehringergasse. Tägl. 1/2 u. 1/2
Nur noch kurze Zeit!
Großstadt-Pflanzen
Opern- u. Schwarzwaldbühne.
Opernakt m. Viktoritzsk.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Sig. 1/4: Ein zauberhaftes Klobisitz

ORIENT
Strasberger Platz
Lissy Klitte
Hermann Voelten
Richard Bellack
Georg Hertel
4 Schwestern Graff
? Zanoba?
Ulrich-Duo
Hugo Hanel
Gr. Tonkünstler-Konzert
Anfang 7, Sonntags 4 1/2 Uhr.

**Bunte
Küchen**
von 300 Mark an
1- u. 2-Staben-Einrichtungen
Bar oder Kredit!
Möbel-Gross
Große Frankfurter Str. 141
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.
Zahlungsmitteln gegen nach Wunsch. Größte
Rückzahl bei Arbeitslosigkeit u. Krankheit.
Kriensanische u. Spezialier, nehme in Zahlung

Spezial-Behandlung
C. Weissert, Invalidenstr. 147
1. Etage, Ecke Bergstraße.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken
tätig gewesen.
Kostenlose Untersuchung und Beratung
über sachgemäße Behandlung.
Sprechstunden 10-12 und 4-6, Sonntags 10-12.

Ratsweinfeller Schöneberg
im neuen Rathaus am Stadtpark

Eröffnung
heute

Probierstube o. Gute Küche
Naturreine Weine aus der Stadtkellerei
Die Verkaufsstelle hat sich verlegt nach die Stadtbibliothek

Pächter: Julius Schwenk, früher Direktor des
Kurhaus-Restaurants Wiesbaden u. Hotel Esplanade, Berlin

Alexander - Palast
Landsberger Str. 39
- Am Alexanderplatz. -
Fritz Lotze - Hofer
Lu Andre / Leo Ernst
Carl Helms Swers
My und Hilten
Gerda Gerda
Hans Schuch
Ab 10 Uhr: TANZ
Solo: My und Hilten.
Mokka, Tee, Schokolade,
H. Kuchen und Weine.
Tischbestellg.: Alex. 1706.
Anfang: 7 Uhr.
Sonntags: 5-10 Uhr - Tanz - Tee

Alte Gebisse
Kauf. 3 Jahre bis H. 13.
Platin
aus Gold, Brennhilfe, Kon-
troll. Ziegel, Gold u. Silberfah.
Kauf u. eig. bring. Bedarf, auch
bei Umfröhung, u. bestm. ver-
b. haben Verleihen falls
Chem. Gebirg. G. Zeigler
Str. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13

Ankauf
von bedeutendem
**Brillant- und
Perlschmuck**
zum heutigen hohen Kurs
Margraf & Co. G.m.b.H.
Kanonikerstr. 9.

MULCUTO
Der beste
Rasier-
Apparat
der Welt.

Tausende
Anerkennungen!

infolge einer schw.
Verwundung bin ich
gezwungen, mich
mit der linken Hand
zu rasieren, was mit
Ihr. „Mulcuto“ spie-
lend vor sich geht,
da ein Schnell, ganz
ausgeschlossen ist.
W. Sauer, Ingenieur,
Stettin,
Elisabethstr. 46 L.

PREISE:
Apparat m. Abzieh-
hülse M. 10.-
Versilb. Apparat m.
Abziehhalter in
Etol Nr. 71 M. 20.-
Vers. Apparat mit
Abzieh. echt Leder-
streichriem, in Etol
Nr. 91 u. echt. Mul-
cuto - Rasierseife
M. 3.- Vollst.
Rasierzeug: Versilb.
App. Abzieh. Seife,
Schale, Pinsel und
Riemen in Etol
Nr. 401 M. 45.-

Handhobtschliff
Fest jeden Bartwuchs weg!
Verletzen unmöglich!
Bei Verwendung dieses hohl-
gechliffenen, stets ge-
brauchsfertigen Apparates
mit unbegrenzter Garantie
ist jede
Qualerei mit stumpfen
oder kratzenden Klingen
ausgeschlossen!
Fertig zum Gebrauch
geschärft. Garantie
bei jedem Apparat.
Versand täglich!
**MULCUTO-Werk
SOLINGEN**
Wiederverkäufer gesucht.

Zigaretten
Süßliches Cigar, rein orientalische und ägyptische
Zigaretten von 220.- M. an.
Capstans Navy Cut 285.- M.
Goldflake 290.- M.
M. Guttman, Berlin O 27, - 9-5 Uhr. -

Für den Winter!
Heißgetränke, alkoholfrei mit
Rumpunsch-Aroma
Liter 3.⁰⁰ M. inkl. Steuer.
Glühpunsch-Aroma
Liter 3.⁰⁰ M. inkl. Steuer.
Das tägliche Getränk in jedem Haushalt!
!! Kein Zucker erforderlich!!
Teil Extrakt, 2 Teile siedendes Wasser ergeben
ein herrliches, süßes Getränk.
H. Krömer, Berlin N, Oranien-
burger Str. 66.
Verkaufsstellen:
Andreasstr. 78, Chausseestr. 76,
Potsdamer Str. 76, Birkenstr. 28,
Nowawes, Lindenstraße 7, Spandau, Brückenstr. 4.

**Eine
neue Romanreihe**
Jeder Band geheftet 6 Mark, gebunden 8 Mark 50 Pf.

WERKE VON:
Herman Bang / Otto Flake
Theodor Fontane / Hermann
Hesse / Norbert Jacques
Johannes V. Jensen / Bernhard
Kellermann / Aage Madelung
Thomas Mann / Gustav Sachs
Schendell / Albert Steffen / Emil
Strauß / Jakob Wassermann
Ernst Weiß / Fr. A. Winternitz

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
Auf Wunsch Prospekte kostenlos
B. Fildner / Verlag / Berlin

Die Firma
Jung & Simons
Eberfeld und Schemdewitz
S. Widdau i. Sachsen
empfehlen ihre
194/16
Abteilung Färberei
in Schemdewitz
zum Umfärben von Decken und Kleidungs-
stücken in bester Ausführung.

Möbel auf Kredit
Kleinste Anzahlung - Bequemste Ab-
zahlung - Größte Rücksicht.
Eingelie Möbel gebe bereitwillig ab.
Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung.
M. Landwehr
Müllerstraße 7, eine Treppe.
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Lieferung auch nach auswärts.

Schuhhaus
Stiefelkönig
gegründet 1805,
hat wieder große Auswahl in
eleganten, preiswerten Schuhen!
Friedrichstraße 131c,
zwischen Oranienburger Tor u. Bahnhof Telegrafstr.

Geöffnet von 8-6 Uhr.
Besonders vorteilhaftes
Möbel-Angebot!

Speisezimmer	Herrenzimmer
1 Büfett	1 Bibliothek, Eiche
1 Kredenz	1 Schreibtisch
1 Ausziehtisch	1 runder Tisch
6 Stühle	1 Schreibstempel
	2 Stühle
Mark:	Mark:
2850, 3750, 4500	2450, 3650, 4875
etc.	etc.

Schlafzimmer

1 Schrank mit Spiegel
1 Waschtisch mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Betten
2 Patentböden
2 Stühle Auflogematrassen mit Keilkissen
2 Stühle
1 Handtuchhalter
M. 1875, 2650, 2950, 3875 etc.

Ständig große Ausstellung
von ca. 300
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern,
Wohnzimmern, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel - Gobelin-Sofas und Sessel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen
in einfacher, mittlerer und elegantester Art
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan

M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

Alt-Glienicke. S. P. D.

Am Anlaß des Jahresendes findet Sonntag, d. 9. d. M., abends 8 Uhr, für Alt-Glienicke eine feierliche Gedenkfeier in der Aula der neuen Schule statt.

Deutscher Eisenbahner-Verband

Bezirk Berlin. Sonntag, den 9. November, morgens 8 Uhr, im Gimptal (fr. Acker's Festhalle), Kopenicker Str. 29: Unberordn. Generalversammlung der Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht, 2. Kassen- und Revisionsbericht, 3. Wahl der Ortsverwaltung, 4. Wahl der Kontrollkommission, 5. Bericht des Mitgliedes, die länger als 6 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, haben keinen Zutritt.

Freireligiöse Gemeinde! Da die Klosterkirche, Klosterstr. 73a, nicht gehezt werden kann, finden die Vorträge vom Sonntag, den 9. November, ab im Stadthaus, Klosterstraße, Ecke Stralauer Str., statt. Jeden Sonntag um 11 Uhr: Vortrag.

Arndt-Hochschule Deutsche Volkshochschule zu Berlin Berichtung zum Inseerat am 2. November 1919: Telephonanschluß Amt Sieglitz, Nr. 3675.

Bekanntmachung. Ausgabe von Strohstoff an Haushaltungen. Auf Grund von § 2 Abs. 2 der Bekanntmachung des Magistrats vom 29. Juli 1916 über den Verkehr mit Strohstoff wird bekannt gegeben, daß der Abchnitt 19 der Strohstoffkarte H im November 1919 einstellt werden kann.

Bekanntmachung. Marmelade. Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelverfälschungen vom 18. Oktober 1910 wird für den Gemeinbezirk Berlin bekannt: 1. Auf Abchnitt Nr. 24 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin enthalten 250 Gramm Marmelade.

Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelfakten der Stadt Berlin. getrockneten Früchten gegen Empfangsbekundigung abzuschließen, und zwar am Sonntag, den 8. November, den 10. und Dienstag, den 11. November 1919.

Magistrat. Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung. Rüge. Am 19. Okt. V.

Karbid-Lampen billig 2,95, 4,90, 10,00, 15,00 Prima Brenner! Brenner, Nadeln, Ersatzteile für alle Arten Karbid in Körnung billig Eugen Schmidt, Ramlerstr. 37, Ecke Brunnenstr. Fahrgelegenheit: 8, 8, 27, 36, 42, 99, Stadtbahn.

Bürgerliche Möbel die noch günstig eingekauft, daher preiswert und gut, sind noch in großer, reichhaltiger Auswahl vorhanden Lagerbesuch ist lohnend und ohne Kaufverpflichtung. Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung. Möbel-Frese, Weinbergsweg 1, Rosenthaler Platz.

Spezial-Behandlung Harn- und Blutuntersuchung, Licht- und Finnen-Behandlung, Bestrahlungen. Schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. Ärztliche Heilanstalt Löser, Münzstr. 9 9-1, 4-8, Sonnt. 9-1.

Die Einstellung unserer Arbeitnehmer erfolgt ab Montag, den 10. November. Es können nicht alle früher bei uns Beschäftigten sofort eingestellt werden. Meldungen bei Herrn Werkstättenleiter Friedrich. BERLIN, den 8. November 1919. Dr. PAUL MEYER AG, Berlin N 39

Rauchtabak Hochfein, rein überseeische Virginia-Mischung, Mittelschnitt. Netto 200 Gramm 20,- franco. A. Qualitätswaren 80-100 Bf. Ernst Wulfe & Co., Sig.-Fabr., gegr. 1888 Bremen 270 P. O. Nr. 12101.

Möbel-Cohn im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58 5 Min. vom Alexanderpl. im Norden: Badstraße 47-48 5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. Möbel auf Kredit oder Bar. Riesenauswahl. Billigste Preise. Sehr kulante Bedingungen. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Liefere frei Haus. - Liefere auch nach auswärts. Kriegsanleihe und Sparkassenscheine nehme gern als Anzahlung.

la. Mastgeflügel Gans, Enten, Puten, Hühner, Tauben, prima fette Kaninchen. Verkauf zu niedrigsten Tagespreisen. - Täglich frische Zufuhr aus Schlesien und Hannover. - Ein gros. Detail. 11/18 P. Günther, Weddingmarktstraße, Stand 23-24. Tel.: Roabit 35.

Dampfdrehbahn mit verschleißbarem Ausleger gesucht für Italien. Ausladung 4 m 6 t, 9 m 1,5 t. Gepl. Offerten 82/3 unter Chiffre Up. 5050 M. an Unione Pubblicità Italiana, Mailand.

Spezialarzt Dr. Zöser senior Harn- u. Blutuntersuchungen, Röntgen-Durchleuchtung etc. Elektrische u. mediz. Bäder. - Erfolgr. eigene Heilmethode. nur Rosenthaler Str. 69-70, Ecke Linsenstr. 9-1.

Spezialarzt Dr. Hasche Sprechstunden 10-1, 3-8, Sonnt. 10-1. Sriedrichstraße 90 am Bahnhof - Teilzahlung - schatt. - Spezial-Behandlung Kühn Präzils Andreasstr. 76, Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Hof. Sprechz. 10-12, 5-7, Sonnt. geschlo. sen Harn- u. Blutuntersuchungen.

Leder-Möbel-Fabrik verkauft direkt ohne Zwischenhandel Klubsessel Leder-Sofas in pr. garant. echt. Leder zu billigen Preisen. Curt Roeder Innungsmeister Berlin SO 26 Oraniensir. 25. Frankfurter Lotterie für Ausbau der Marienkirche 10000 Lose, 4154 Gew., 1 Pr. Gesamt- u. Höchstgew. W. 100000 M. 60000 " 50000 " 10000 M. Lose 3 M. Porto u. Liste 50 Pf. mehr. 10 sort. Lose, Pl.u. Liste 30 M. Emil Haase & Co. Berlin 21, Bredowstr. 9. Filialen: Leipziger Str. 104, Wallstr. 1, Rosenthalerstr. 71, Müllerstr. 3, Königsr. 35. Tabak, Zigarren.

Möbel in erstklassiger Ausführung zu soliden Preisen liefert unmittelbar ab Fabrikgebäude an Private Möbel - Groß - Lager Berliner Tischler- u. Tapeziermeister Albert Gleiser, BERLIN C 35, Alexanderstraße 42, Alexanderplatz. Wir unterhalten noch eine reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Anseherleinsten. Besichtigung äußerst lohnend und erwünscht. Druckkosten kostenlos.

Wie ein Wunder besenigt San-Rat Haussalbe Dr. Strahl's. jed. Hautausschlag, Flecht, Heutjuck, bez. Heinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl. in Originaldose 6.25, 9.75 erhältlich in der "Elefanten-Apotheke" Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhöpl.).

Sehr preiswerte Wohnungseinrichtungen. Riesenlager Speisezimmer Schlafzimmer Herrenzimmer Wohnzimmer Bunte Küchen Dielen-Möbel. finden Sie im bekannten Möbel-Haus der Firma DAMITT Rosenthaler Str. 46-47 und 181 Müllerstrasse 181. Teilzahlung gestattet!

Redakteur gesucht, der auch in der Agitation bewandert ist. Antritt möglichst sofort, spätestens 1. Dezember ds. Js. Schriftl. Offerten erbeten an Verlag „Volks-Bote“ Stettin, Schillerstr. 10. 221/9*

Vertretung für Portugal, Portugiesisches Haus, Sitz Lissabon, nebst Agenten auf dem ganzen Kontinent, in den portugiesischen Kolonien und Filialen in Kinshasa (Belgischer Kongo), sucht Vertretung für Portugal, die portugiesischen Kolonien, den Belgischen und Französischen Kongo für alle deutschen Waren, insbesondere Werkzeuge, Eisen-, Kurz- und Stahlwaren, Industrielle und landwirtschaftliche Maschinen, Elektromotoren, Dynamos, elektrische Artikel, Metalle im allgemeinen, emaillierte Eisenwaren, Akkordeons, Papier, Webwaren, Fahrräder, Automobile, Lastwagen etc. 1029L* Nogueira Limitada Hauptgeschäft: Lissabon (Portugal) 107 Rua dos Douradores. Telegramm-Adresse: Nogueira-Lisbon. Bankkonto: Banco Nacional Ultramarino Lissabon-Paris-London.

Platin Gramm bis M. 96.- Quecksilber Kilo bis M. 55.- Messing Kupfer sämtl. Metallabfälle Zahnabfälle kauft zu allerhöchsten Fabrikpreisen Metallschmelze Baruch Fenestraße 48 Tel.: Moabit 2384 und Beuelstr. 29.

Herrenkleidung nach Maß l. taafeloser Ausführung von 450 M. Gr. Auswahl in Friedensstoffen. Anzüge z. Wenden werden angenommen. Anfertigung eig. Damen kostüme. Julius Fabian Schneidermeister Gr. Frankfurter Str. 37 2 Tr.

Möbel liefert gegen bar und auf Teilzahlung zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer in großer Auswahl Einzelne Möbel Farbige Küchen Beiser Lothringer Str. 67.

Zigaretten Zigarren 100 Stück 70, 85, 100, 120 SR. Rauchtobak garantiert rein überseeisch, tüpfelfrei, 1 Pfund 25,- Mark, bei 10 Pfund 25,- Mark. L. Manheimer, Berlin, Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg). Spezialarzt Sanitätsrat Dr. Müller, Friedrichstraße 130 II, Eingang Kronenstr. 11, 1-2, Sonnt. 11-1. Erfolgreiche Heilmethode. Harn- und Blutuntersuchung.

Mädchen für alles welches perfekt Kocht, in gut bürgerlichem Haushalt, drei erwachsene Personen, verlangt. Belle Besoldung nach Uebereinkunft. Nur ordentliche Mädchen, die auf gute Behandlung und gute Kost schon und dauernde Stellung wünschen, wollen schriftliches Angebot einreichen unter L. 40 an die Expedition des Vorwärts.

Austrägerinnen für den „Vorwärts“ werden eingestellt in folgenden Filialen: Berlin: Ackerstr. 174, am Kopenplatz. - Prinzenstr. 31, Hof part. - Fritze, Steglitzer Straße 37, Laden. - Markusstr. 36. - Döllz, Immanuelkirchstr. 24. - Meile, Petersburger Platz 4. - Zinke, Lindenstr. 3, Laden. - Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. - Lausitzer Platz 14/15. - G. Schmidt, Bärwaldstr. 42. Schöneberg: Belziger Straße 27. Neukölln: Heinrich, Neckerstraße 2. Charlottenburg: Sesenheimer Straße 1. Steglitz: Ziecedecker, Schildhornstr. 11. Alt-Buxhagen 56. Lichtenberg: Wartenbergstr. 1.

Zum einjährigen Gedenktage der Revolution.

Sonntag pünktlich 10 Uhr vormittags
Gr. öffentliche Versammlungen.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Die Sozialdemokratie und der 9. November.

- Die Versammlungen finden statt:
Bayenhäuser Brauerei, Fildichstr. 2/4.
Gewerkschaftshaus, Engelzäuser.
Pöhlisches Brauhaus, Landeberger Allee.

Versammlungen nachmittags 5 Uhr.
Grünau, Restaurant Buchholz, Friedrichstr. 27.

Abendfeiern.

Als Festredner haben zugesagt: Dr. David, Maria Sobm-Schuch, Richard Fischer, Raufsch, Marie Zuchacz, Ernst Heilmann, Franz Krüger, Hermann Erdmann, Heide Schreiber, Philipp Scheidemann, Girsch, Heinrich Schulz, Gisel u. a.

Montrose.

16) Detektivroman von Sven Eibek.
XI. Gelehrsamkeit und Cocktails.
Keller packte Rudolf so heftig am Kopf, daß der unglückselige Kellner wie ein Betrunkener schwankte.

In der Aula des Kaiserlichstädtischen Gymnasiums, Steinstr. 49/50, Beginn 7 Uhr;
In der Aula Grünhäger Str. 5, Beginn 7 Uhr;

- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, Beginn 5 Uhr.
Schöneberg: Bürgeraal des Neuen Rathauses, Beginn 7 Uhr.
Neukölln: Kleins Festsäle, Halensheide 18, Beginn 6 Uhr.

Feiern am 8. November:

- Wilmersdorf: Stadthalle des Westens, Spichernstr. 3, Beginn 7 Uhr.
Dierschneide: Aula des Realgymnasiums, Beginn 7 Uhr.

Genossinnen und Genossen! Männer und Frauen der Arbeit!

Heut diesen Tag durch massenhafte Beteiligung an unseren Veranstaltungen. Der 9. November muß ein vielhunderttausendfaches Gedenktage für die junge, deutsche Republik, für die Demokratie und für den Sozialismus werden.

Groß-Berlin

Zum 9. November.

Horch, was ist das für ein Brausen!
Lohnt es nicht wie Sturmeslaufen?
Leuchtet nicht wie ferner Brand?

Unter dieses Wetters Streichen,
Fallen hundertjährige Eichen.
Die noch nie ein Sturm zerbrach.

Stellen springen, Fesseln kirren
Und der Anarchists Geister irren,
Fliehend vor des Volkes Zorn.

Proletarier reicht zum Bunde
Jetzt in dieser Schicksalsstunde
Such die treue Bruderhand.

Was Euch trennt, das lasst liegen!
Eing, einig nur laßt liegen
Uns're Macht, das Weltgericht.

Robert Mangel

Die Spar-Prämienanleihe.

Am 10. November wird die Spar-Prämienanleihe aufgelegt, eine für das große Publikum völlig neuartige Anleihe, die das Sparsystem mit den Chancen von Gewinnanleihen verbindet.

Die neuen Verkehrsbeschränkungen.

Es ist nach der augenblicklichen Lage in der Kohlen- und Kartoffelversorgung noch nicht möglich, zu überleben, insoweit die weiteren Verkehrsbeschränkungen nach der eiltägigen Sperre noch notwendig sein werden.

in solcher Komödie den Herrn Thomas Uri mit dem zerrissenen, blutbefleckten Priesterrock unterbringen?
„Nein, nein, aber —“
„Und wie wollen Sie Arnold Singers Geld und die Photographie erklären?“

Das erste Sozialisierungsgesetz abgelehnt.

Die Preussische Landesversammlung hat am Freitag dem Parlamentarismus und der Demokratie einen sehr schlichten Dienst geleistet, indem sie das erste Sozialisierungsgesetz in Preussen abgelehnt hat. Die allgütige Empörung darüber wird um so härter sein, als es sich um ein Wasserwerk handelte, das einen großen Teil der westlichen Vororte Berlins mit Wasser versorgt.

Um die hohen Kosten der Abgaben für Bestwechsel von Grundstücken zu sparen, sollte nicht das ganze Unternehmen als solches, sondern nur die eigenen Aktien enteignet werden. Die Höhe der Entschädigung sollte eine unbefristete unparteiische Kommission festsetzen; sie sollte nicht unter den tiefsten Stand des Kurzes dieser Aktien in den Monaten Januar bis März heruntergehen und nicht über den höchsten Kursstand hinaus. Die Vorlage war juristisch ein kleines Meisterstück und hielt den unglücklichen Angreifern der blindwütigen und rücksichtslosen kapitalistisch denkenden Abgeordneten aus allen Parteien Stand. Sie wurde im Ausschuss mit einer knappen Mehrheit dadurch angenommen, daß die Arbeiter- und Angestellten-Abgeordneten der Deutschdemokratischen und der Zentrumspartei entgegen ihrer Fraktionsmehrheit für das Gesetz eintraten. Im Plenum verurteilten nämlich die beiden Regierungsparteien Fraktionszwang. Die Zentrumsarbeitervertreter stießen um und stimmten stramm gegen das Gesetz, die demokratischen Arbeitervertreter hingegen zeigten etwas mehr Charakter und verließen in der Anzahl von etwa einem Dutzend den Sitzungssaal.

Der Unfall wurde den bürgerlichen Parteien dadurch ermöglicht, daß inzwischen die neue Reichsverfassung in Kraft getreten ist, deren Artikel 103 bestimmt, daß bei Enteignungen über die Höhe der Entschädigung die ordentlichen Gerichte entscheiden müssen, außer wenn ein Reichsgesetz es anders bestimmt. Damit war die Angelegenheit der alleinigen Zuständigkeit Preussens entzogen und unsere Genossen beantragten daher, das Gesetz ohne eine Klausel über sein Inkrafttreten anzuschreiben, und es dann zur Verfertigung dem Reichstag und der Nationalversammlung vorzulegen. Um diesen Antrag wurde die Hauptschlacht geführt. Vergeblich dröhnten und deuteten Cassel und Bruhl, die vorgeschlagene Weg sei nicht verfassungsmäßig, man wolle die Ausnahme zur Regel machen und auf die entscheidenden Faktoren im Reiche einen unzulässigen Druck ausüben. Die Herren hielten das große Recht, daß der demokratische Unterstaatssekretär Dr. Freund, ein Mann des alten Regimes, aber ein glänzender Jurist und unermüdlicher Arbeiter, ihnen hartnäckig nachwies, daß nur der sozialdemokratische Weg zur Reichsverfassung möglich sei, daß dagegen die Vorschläge der Demokraten rechtlich mindestens ebenso bedenklich wären wie wirtschaftlich. Läßt man nämlich den Rechtsweg ehrlich offen, so hat jeder von den mehreren Tausend Aktionären 30 Jahre lang ein selbständiges Klagerrecht. Da dies selbst den Demokraten zuviel war, suchten sie Abänderungen und Beschränkungen dieses Klagerrechts und verlegten dabei ihrerseits den Artikel 103, dessen Nichtbeachtung sie und vor allem die besten Argumente praktizieren an dem Kaiserlich-kapitalistischen Vertriebsrat ab. Alle bürgerlichen Parteien stimmten geschlossen gegen die Vorlage, und nur die ersten drei Paragraphen ließen sie aus Versehen annehmen. Die folgenden 11 Paragraphen, Heberjahn und Einleitung wurden abgelehnt, und auch der übriggebliebene klägliche Rest wird die dritte Lesung nicht überleben.

Materiell handelt es sich um folgende Streitfrage: die Charlottenburger Wasserwerke A.G., die hier enteignet werden sollen, besitzen Schöpfergerechtigkeit bis zum Jahre 2000, die ihnen seinerzeit Herr v. Roddebeck für ein Butterbrot zugesprochen hat. Jetzt wollen die Aktionäre diese Schöpfergerechtigkeit mit ihrem vollen Wert entschädigt haben, während alle vernünftig denkenden Menschen ihnen höchstens den Erwerbspreis vergüten wollen. Handelt es sich doch um ein Privileg auf Kosten der Allgemeinheit, das ihnen schon genug eingetragen hat und dessen weitere Ausbeutung einfach untraglich ist. Aber alle kapitalistischen Instanzen trübten sich wie ein in dem Reichstagsparlament bei der Hiberna dagegen, daß die Allgemeinheit nicht länger kapitalistisch ausgewuchert werden sollte, und so fiel die Vorlage.

Die Unabhängigen werden jetzt in ihren Versammlungen triumphieren, mit der demokratischen Verfassung sei eben praktische Sozialisierung nicht zu machen. Das ist ganz falsch, die Wähler müssen bloß geschweigt werden. Aber die Unabhängigen tragen selbst ein großes Teil Schuld daran, daß die Reichsverfassung der Verabschiedung des Gesetzes in den Weg kam. In der ersten Lesung hatten sie die Vorlage kläglich genannt, ein Verlegenheits- und ein Ausnahmengesetz, dem sie nur mit Bedauern zustimmen wollten. Im Ausschuss hatten sie dann freilich für rasche Unteränderung Anträge eingebracht. Aber nicht das nötige dazu getan. Vorherber der Kommission war der Unabhängige Dr. Rosenfeld. Auf seinen Wunsch wurde die zweite Kommissionssitzung vom 10. auf den 11. Juli verschoben, aber auch an diesem Tage kam er nicht. Als die Kommission mit ihren Beratungen am 16. Juli endlich fertig war, stand die Beratung bereits vor der Tür, die am 20. Juli eintrat. Unsere Genossen forderten ungestört ohne schriftlichen Bericht sofort an das Plenum zu gehen. Aber die Unabhängigen rührten dafür keinen Finger, und der Kommissionsvorsitzende Dr. Rosenfeld schloß die Sitzung wenigstens den Versuch zu machen, die ganze Autorität seiner Stellung für die rasche Verabschiedung des Gesetzes in die Waagschale zu werfen. Dann konnte man nachher freilich leicht spotten, das Parlament geräusche selbst den ersten Anfang praktischer Sozialisierung.

Unsere Genossen werden nicht säumen, die Vorlage als ihren Antrag sofort beim Wiedergesammttritt der Nationalversammlung dort einzubringen. Das letzte Wort über das Gesetz ist noch nicht gesprochen.

Vertagt!

Karl Kautsky widmet dem verstorbenen Abg. Haase einen warmherzigen Artikel in der „Freiheit“. Als besonders bemerkenswert verzeichnen wir daraus die Stelle:

Haase „dürfte doch nicht mehr die frohe Epoche erleben, der wir wieder entgegengehen, in der der Aufstieg auf der Grundlage des von der Revolution trotz alledem Erzeugten von neuem beginnt.“

Und dieser Zeitpunkt braucht nicht ferne zu sein. Er steht ein, sobald die Produktion wieder voll auf im Gange ist, die Arbeitlosen nicht noch Millionen zählen, man nach Arbeitern wieder sucht.

Seiten der ökonomischen Krise und Stagnation schärften das sozialistische Denken. Jedem aber nicht die proletarische Macht. Diese ist am größten und erregt die meisten Erfolge in den Zeiten der Prosperität.

Solche Zeiten kommen, kommen bald, sie müssen das Proletariat zu den glänzendsten sozialistischen Errungenschaften führen angesichts der ungeheuren Verdrängung, die der sozialistische Gedanke in den Massen seit der Revolution und durch die Revolution gewonnen.“

An der Wende des rechtsunabhängigen Führers öffnet die „Freiheit“ ihre Spalten diesem Mahnruf. Die

soziale Revolution verlagert auf die Zeit des ökonomischen Hochstandes!

Was hindert, wenn es den Unabhängigen wirklich ernst mit dieser Meinung ist, eine Zusammenarbeit am Wiederaufbau?

Die Revolutionsfeier der Kommunisten.

Der mit erheblicher Propaganda inszenierte Festtag der Kommunisten, der zur Feier des Festtages der russischen Revolution veranstaltet war, hat mit einem Misserfolg geendet. Die Kommunisten haben erst seit Donnerstag eine gewaltige Agitation in den Betrieben und Werken für die Feier des 7. November entfaltet. Der Erfolg der Propaganda war jedoch gering. Kaum 5000 Kommunisten haben gestern an den Feiern teilgenommen. Es war die Parole ausgegeben worden, nach Beendigung der Massenversammlungen in die Stadt zu gehen und sich unter den Linden zu vereinigen. Die Berliner Sicherheitspolizei hatte in Verbindung mit Reichwehrtrouppen einen Abwehrdienst geschaffen. Die außerordentlich geringe Beteiligung an den Versammlungen ermöglichte dem Sicherheitsdienst die Sprengung einiger weniger Demonstrationen, die sich nach dem Stadtkern zu in Bewegung setzen wollten, ohne Schwierigkeit. Im allgemeinen fügten sich die kommunistischen Versammlungsbesucher den militärischen Anordnungen bereitwillig.

Der 7. November ist sowohl in Berlin wie auch im Reich trotz der unerbittlichen Generalkriegspropaganda vollkommen ruhig verlaufen. Nirgends fand die Generalkriegspropaganda bei den Arbeitern Anklang. Aus dem Reich lagen am Abend noch folgende Meldungen vor:

Heute ist in Dresden alles ruhig geblieben. Der Streik der Angestellten ist seit gestern früh beendet, ebenso der Streik in der Metallindustrie. Nur ein Teil der Arbeiter der Firma Siemens und Halske befindet sich noch im Ausstand. Der für den 9. November von der Arbeiterschaft Dresdens geplante große Umzug anlässlich der Feier der Revolution ist abgesagt worden.

Der 7. November in Hamburg.

Hamburger Drahtbericht des „Vorwärts“. Die kommunistische Generalkriegspropaganda, die mit aller Kraft betrieben wurde, ist hier im Sande verlaufen. An einer Kronanredelegung der Kommunisten nahmen nur 200 Personen teil. Im Gegensatz zu der völligen Ruhe stand das nervöse Handeln der Militärbehörden. So wurde Dr. Lauffenberg, der Führer der kommunistischen Partei, letzte Nacht verhaftet, nachdem er in einer Versammlung gesprochen hatte. Ein weiterer Vorfall, der Erregung verursachte, ereignete sich bei der Hausfriedenspolizei. Dort hatten 80 Beamte eine Liste ausgelegt, in die sich alle eintragen sollten, die dafür waren, daß der Vertrauensmann bei dem Führer der Truppe wegen einer Erleichterung des Dienstes vorstellig werden sollte. Beim Morgenappel wurde der Vertrauensmann festgenommen und unter Bedeckung von Weiswagern abgeführt. Im weiteren Verlaufe der Dinge kam eine Kompanie Soldaten, um stellte die angetretenen Mannschaften und führte sie sämtlich in Einzelhaft ab. Die Spartaisten fürchtete sich, daß Flugzeuge über der Stadt kreisen und bewaffnete Patrouillen die Straßen durchzogen. Anseh zum Einschreiten fanden sie jedoch nicht. Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder haben sofort Maßnahmen eingeleitet, um die Freilassung Dr. Lauffenbergs herbeizuführen.

Unverantwortliche Verantwortung.

Nicht alle Landwirte sind unvernünftig. Nicht alle Landwirte sehen den angebliebenen „Zusammenbruch“ der Landwirtschaft mit der Schwanzspitze der „Deutschen Tageszeitung“ an. Wo noch das nationale Gewissen schlägt und die Menschlichkeit im Herzen nicht ausgeblendet ist, macht man sich Gedanken darüber, was angesichts der gegenwärtigen Zustände zunächst zu tun sein könnte. So haben landwirtschaftliche Kreise den Vorschlag gemacht, daß die Landwirtschaft vor allem einmal die Verantwortung für die Ernährung der städtischen Bevölkerung, zunächst soweit ihre „Rüchsen“, d. h. die freizeitigen Städte in Frage kommen, übernehmen solle, um eine Hungerrevolte und Plünderungszüge auf das Land zu verhindern. Kaum ich dieser an sich nicht verständliche Gedanke aufgetaucht, wird auch schon der Versuch gemacht, ihn im Keim zu erstickten. Und zwar kommt dieser Versuch, wie nicht anders zu erwarten, aus den Kreisen des Deutschen Landbundes. Die „Deutsche Tageszeitung“ bekommt aus diesen Kreisen eine Zuschrift, welche vor diesem Gedanken warnen, denn damit würde sich die Landwirtschaft mit einer „Verantwortung“ belasten, die sie naturgemäß nicht tragen könne“. Wo also die Landwirtschaft sich auf ihre Verantwortung wirklich einmal zu bekümmern anfängt, sucht man diese von vornherein zu erstickten. Zur Begründung wird angeführt, daß „die Karre in den Weid gefahren“ sei durch die „produktionshindernden Maßnahmen“ der Regierung; gemeint sind die Verhinderungsmassnahmen gegen Wucherpreise für Brot, Fleisch und Milch. Bewilligt die Regierung endlich die vom Landbund geforderten Wucherpreise — dann ja, dann würde die Landwirtschaft gern die „Verantwortung“ übernehmen; in der Tat eine sehr durchsichtige Politik einer unverantwortlichen Verantwortlichkeit!

Eine Lügenblase.

Die „Deutsche Volkspartei“ veröffentlicht in einem Flugblatt die Bilanz des ersten Revolutionsjahres. Sie stellt die Preise der Kriegsjahre denen des Revolutionsjahres gegenüber, behandelt die folgende Rechnung, die folgende Produktion, die verlorene Arbeitskraft, die Schulden und Steuern sowie die Entwertung des Geldes. Auf naive Gemüter mag diese Art von „nationaler“ Agitation vielleicht Eindruck machen, unserer Ansicht nach enthält sie jedoch Worte, sozialer Art. Denn auch der politisch Ungebildete muß sich sagen, daß alles, was wir heute an Unannehmlichkeiten zu ertragen haben, nichts als das Erb der Kräfte ist, die noch immer wagen, das große Wort zu führen und die Revolutionsregierung zu beschimpfen, der sie gar nicht dankbar genug sein können, daß sie diese trübselige verrottete Gesellschaft überhaupt angetreten hat. Aber die Volkspartei schließt offenbar von der politischen Meise ihrer Führer auf die ihrer Anhänger, auf die derartige Märchen noch Eindruck machen mögen. Wir schätzen uns der Sehnsucht nach den verschwundenen Kriegsjahren, die schändlicherweise aus dem Flugblatt spricht, durchaus nicht an.

Deutschland zahlt.

Der Oberste Rat entscheidet, daß die gegenüber Deutschland angewandten Zwangsmaßnahmen wegen Nichtanführung der Bestimmungen über die Räumung der belgischen Provinzen keine schärfere Kraft haben und daß die Befreiung des Personals der internationalen Kontrollkommission zu Lasten der Berliner Regierung falle.

Vandervelde.

Unsere beiläufige Bemerkung, der belgische Minister Vandervelde, der die Auslieferung von etwa 1150 Deutschen wegen der Deportation belgischer Arbeiter verlange, sei nicht der frühere Vorsitzende des internationalen sozialistischen Bureaus, war ein Irrtum. Es ist tatsächlich der Führer der sozialdemokratischen Partei Belgiens, der als Sozialist und Rechtsgelehrter fordert, daß Deutsche ihrem ordentlichen Richter entzogen und vor ein feindliches Gericht gestellt werden sollen.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die belgische Regierung gegen den internationalen Sekretär Genossen Camille Huysmans ein Strafverfahren wegen Sympathien mit dem Landesfeind, also wohl wegen Landesverrats, betreibt! Die vom Genossen Huysmans herausgegebene kammische „Volksgazet“ veröffentlicht nun im Haskimile folgenden Telegramm der belgischen Regierung vom 4. Dezember 1918 an das damals in Haag bestehende internationale sozialistische Bureau:

Nous avons reçu de Belgique un manifeste d'associations ouvriers belges de toutes opinions, protestant contre deportations et faisant appel à coopérer aux ouvriers des tous pays contre rétablissement esclavage au profit de l'ennemi. Le texte suit, nous outons au bureau socialiste international pour assurer publicité si vaste que possible en tous pays document, dont certifiions authenticité, avons déjà réigraphié principales organisations ouvriers et socialistes, si vous avez besoin crédit, priez indiquer chiffres.

Vandervelde, Huysmans, Carton de Wiart.

Zu deutsch!

Sie erhielten aus Belgien einen Kufluf der belgischen Arbeiterorganisationen aller Richtungen, welcher gegen die Deportationen protestiert und einen verzweifeltsten Appell gegen die Wiederherstellung der Sklaverei zum Nutzen des Feindes an die Arbeiter aller Länder richtet. Der Wortlaut folgt. Sie zählen auf das Internationale sozialistische Bureau, daß es der Kunde, deren Echtheit wir bekunden, die weitestmögliche Verbreitung verschafft. An die hauptsächlichsten Arbeiter- und sozialistischen Organisationen haben wir bereits telegraphiert. Wenn Sie Geld brauchen, bitten wir, die Ziffer anzugeben.

Vandervelde, Huysmans, Carton de Wiart.

Die „Volksgazet“ sagt dazu lediglich: Die belgische Regierung hat damals sich an die Internationale gewendet und Geld zur Verfügung gestellt — denselben Deuten, die man jetzt verfolgt, da sie mit den Deutschen sympathisiert haben sollen.

Gegen Bermonds Armee.

Die bei Riga stehenden Truppen des wehrlosen Generals Bermond, unter denen auch die deutschen Soldaten sich befinden, schießen in eine able Situation zu geraten. Die aus Rowno gemeldet wird, ist zwischen Lettland und Polen ein Abkommen zur Bekämpfung dieser Armee getroffen worden. Wenn man bedenkt, daß die englischen Kriegsschiffe vor Riga sich aktiv an dem Kampfe gegen Bermond beteiligen, wird man diesem kaum mehr eine lange Lebensdauer geben können.

Die Armee Judentisch gibt amtlich bekannt, daß Judentisch im Begriff ist, die Frontlinie zu verlassen und wahrscheinlich bis in die Ukraine Karwa-Beipusse zurückgehen wird.

Das Recht der Deutschen in Polen.

In den in Bromberg erscheinenden „Deutschen Nachrichten“, dem Organ der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen, wird die plötzliche Einführung des Polnischen als Amtssprache in dieser preussischen Teilgebiet als eine Rechtsverletzung, Vergewaltigung und wirtschaftliche Anbelung der Deutschen bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß das als gewalttätig verklärte Vorgehen nach der Besignahme des Landes 1815 die polnische Sprache in allen öffentlichen Verhandlungen heilheißelt, daß die Verfügungen der deutschen Behörden jahrelang nicht in deutscher und polnischer Sprache erfolgten. Polen aber übergebe mit der plötzlichen Einführung der Einparität rücksichtslos die Lebensinteressen von 3 Millionen Deutschen. Das sei ein Unrecht, das die Welt nicht zulassen dürfe. Die dem polnischen Staat zugesprochene deutsche Bevölkerung fordert Zweiparität in öffentlichen Angelegenheiten, wenigstens für einige Jahre, als ihr gutes Recht und hofft, daß die Entente und die Neutralen ihr zu diesem Recht verbeissen.

Kleine politische Nachrichten.

Revolutionsfeier der Frankfurter Studenten. Zum Gedächtnis des 9. November wird von der demokratischen Studentengruppe, von der sozialistischen Arbeitergemeinschaft Frankfurter Studenten und der internationalen Studentengruppen am morgigen Sonntagabend eine Feier veranstaltet. Professor Wuytschli wird die Festrede halten.

Ein Gesetzentwurf über einen Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk wird — wie wir erfahren — von der Preussischen Regierung vorgelegt werden. Die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Wohnungsbeschaffung im Bergbaubetrieb litten sehr darunter, daß drei verklärte Regierungsbürokraten im Siedlungsgebiet nebeneinander arbeiten und einheitliche Maßnahmen nicht zu ergreifen waren. Diesem Mangel will der Gesetzentwurf der Preussischen Regierung abhelfen. Für die Verwaltungsmassnahmen macht sich der Entwurf die Erfahrungen im Berliner Zweidörferland zunutze, während er in der Zusammenlegung der Zweidörferlandsverwaltung neue Wege einschlägt, die besonders der Arbeiterschaft sehr sympathisch sein werden und ihr weitgehenden Einfluß sichern. Der Entwurf dürfte in Kürze zur Debatte gestellt werden.

An die Lehrer und Lehrerinnen aller Grade richtet der Bund entschiedener Schulreformer die Aufforderung, tracht zahlreich und recht bald von der Möglichkeit der Einschulung in die Personalien Gebrauch zu machen, weil ein nicht ausgenutztes Recht idiosynkratisch wird. Jeder, auch wer nie einen Konflikt mit der Behörde gehabt hat, sollte sich davon überzeugen, daß keine Personalien ordnungsmäßig geführt sind, oder, falls er unerwartete Enttarnungen entdeckt, dafür Sorge tragen, daß sie gestrichen werden und daß in Zukunft jedem Vorgesetzten die Luft vergeht, nicht völlig objektive Enttarnungen vorzunehmen.

Verichtigung. In der in unserer Nr. 538 gedruckten Kassa zur Siedlung in Preussen händen der Regierung 150 Millionen Mark zur Verfügung und der Finanzminister sei bereit, noch mehr herzugeben, wird uns vom Landwirtschaftsministerium herabsehend folgendes geschrieben: „Zur Grund höherer Gehege für Zwischenkredite bei Rentenbüchern sind 115 Millionen (nicht 150 Millionen) Mark ausgeworfen, von denen etwa 80 Millionen Mark im Zwischenkreditgeschäft bereits angelegt sind. Eine Erhöhung dieser Mittel hat die Finanzverwaltung im Bedarfsfall in Aussicht gestellt.“

Gewerkschaftsbewegung

Zum Metallarbeiterstreik.

Die verkehrswirtschaftliche Lage, die in der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes von der Organisationsleitung gegen die Sozialdemokratie und die sozialdemokratisch gesinnten Mitglieder der Metallarbeiterorganisation getrieben wurde, hat in der Versammlung die entsprechende Zurückweisung erfahren. Der Versuch, die Sozialdemokratie zum Sündenbock des durch die unglaubliche Unfähigkeit der Streikleitung verursachten Metallarbeiterstreiks zu machen, wurde durch folgende Erklärung der sozialdemokratischen Mitglieder der Versammlung pariert, die Genosse Blum Wiefenthal zur Verlesung brachte:

Die Mitglieder der Generalversammlung, die aus dem Boden der S. P. D. stehen, erklären:

Nachdem die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, durch ihr Verhalten im Streik gezeigt haben, daß sie es als ihre selbstverständliche Pflicht betrachteten, genau so wie alle anderen Streikenden ihre Schuldigkeit während des ganzen Streiks zu tun, und nachdem die S. P. D. den Streik, soweit es sich um wirtschaftliche Forderungen handelt, durch ihre Presse in durchaus sachgemäßer Weise unterstützt hat, ist es eine ebenso willige Sache für die Mitglieder der S. P. D. verantwortlich zu machen.

Die in der Generalversammlung anwesenden Anhänger der S. P. D. erblickten in diesen Verleumdungen nicht weiter als den Versuch, die Empörung der Streikenden über die ungeschickte, allen gewerkschaftlichen Grundätzen widersprechende Führung des Streiks von den hierfür verantwortlichen Personen abzuwenden und die S. P. D. zum Sündenbock zu machen. Das ist Feigheit und erbärmliche Demagogie, und sprechen die Anhänger der S. P. D. über ein solches Treiben ihre tiefste Verachtung aus.

Diese Erklärung wurde von einem Teil der Versammlung mit stürmischem Beifall, von den anderen mit ebensolchen Mißfallsbezeugungen aufgenommen.

Sogar die Nachricht von dem leider erfolgten Ableben Hugo Haack wurde von dem neugewählten Bevollmächtigten Fiska dazu benutzt, die sozialdemokratische Partei mit Schmutz zu bewerfen. Die moralische Leichenandacht, die Fiska verübte, rief bei den sozialdemokratischen Mitgliedern starke Erregung hervor. Genosse Lampe wies diesen Angriff entsprechend zurück.

Urabstimmung über Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hat beschlossen, den noch kämpfenden 160 000 Metallarbeitern durch eine Urabstimmung, die betriebsweise vorzunehmen ist, die Entscheidung über Abbruch oder Fortführung des Streiks selbst zu überlassen. Diese betriebsweise vorzunehmende Abstimmung muß unter Beisein eines Mitgliedes der Verwaltung des Verbandes vor sich gehen, und ist das genaue Ab-

stimmungsergebnis sofort der Fünfzehnerkommission mitzuteilen. Das genaue Ergebnis der vorgenannten Abstimmung muß von der Verwaltung zusammengefaßt und veröffentlicht werden. Das so zusammengefaßte Abstimmungsergebnis ist bindend für die streikenden Kollegen aller Betriebe.

Eine Sonnabend vormittag 10 Uhr stattfindende Konferenz der Obleute der Streikenden im großen Saal der Sophienstraße wird sich gemeinsam mit der Verwaltung über die Art der vorzunehmenden Urabstimmung verständigen.

Auch Gewerkschaftsfunktionär.

In der Funktionärerversammlung der Eisenbahner am Donnerstagabend erstatteten nach einem Bericht der „Freiheit“ Linke, Kuschel und Sosalze Bericht über die Sitzung der Gewerkschaftskommission am Mittwoch. In ihren Darlegungen leisteten sich diese Berichterstatter folgende Bemerkung:

Der Augenblick der Abstimmung sei der schwerste ihres Lebens gewesen, aber mit Rücksicht auf die Sabotage der Rechtssozialisten, die sich immer wieder in der Rolle der Gelben gefielen und in Anbetracht der Tatsache, daß durch die Kohlen- und Kartoffeltransporte die Arbeit der Eisenbahner als „Lebenswichtig“ gelten würde, hätten sie nicht anders stimmen können.

Diese drei Funktionäre hatten wirklich Ursache, den Augenblick der Abstimmung als den schwersten ihres Lebens zu bezeichnen. Aber nicht die Sabotage der Rechtssozialisten hatte jenen Konjunkturpolitikern diesen Augenblick so schwer gemacht, sondern wohl mehr die Stimmung in den eigenen Reihen. Wußten doch die Linke, Kuschel und Sosalze, daß der Organisationsbetreuer Schulz kurz zuvor in einer gemischten Konferenz der Vorstände mit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission erklärt hatte, daß die meisten Eisenbahner im Dezember Feuerungsbeihilfen von 500 M. ausgezahlt erhielten und für einen Generalstreik nicht zu haben seien. Wörtlich hatte der Redner gesagt: Daß wir auf diesen Köder hin die Leute nicht herauskriegen, ist doch selbstverständlich. Macht nichts. Schwere war diesen drei Berichterstattern die Abstimmung, noch schwerer aber, ihre Haltung in ehrlicher Weise zu motivieren. Unglücklich suchten sie ihr Verhalten mit dem „Verrat der Rechtssozialisten“ zu rechtfertigen. Mit solch demagogischen Wägen können Gewerkschaftsfunktionäre, denen es an Courage fehlt, ihre Auffassungen voll und ganz zu vertreten, heute noch am besten bestehen.

Zur Wiedereinführung der Akkordarbeit.

Die uns ein Drabbericht unseres Hamburger Korrespondenten meldet, haben am Freitag die Arbeiter in der Abstimmung über die Wiedereinführung der Akkordarbeit diese mit 7700 gegen 7200 Stimmen abgelehnt.

Hungerlöhne in den Schuhwarenfabriken. In der in unserer Nr. 570 unter diesem Titel veröffentlichten Mitteilung des Zentralverbandes der Angestellten ersucht uns das Schuhhaus R. J. Reustadt um eine Verächtigung. Danach zählt die Firma Reustadt seit dem Juni d. J. ihre Angestellten nach dem Tarif des Verbandes. Vor einem Jahre, nicht vor wenigen Wochen, seien Lernende, nicht Kaffeezimmer, mit 50 M. Monatsentlohnung entloht worden.

Zum Metallarbeiterstreik.

N. N. G.

- Heute Sonnabend, vorm. 8 1/2 Uhr, Sitzung aller Funktionäre der S. P. D. bei Otto, Oberhöfenstraße, Ostendstraße. Erscheinen unbedingt notwendig.
- Firma J. Plutsch N. G. Heute Sonnabend, früh 9 1/2 Uhr, Wiederanbahnung der Arbeit. Der Berichterstatter.
- Altkommunistischer Oberbürgermeister. Geladener Konzert! Heute Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, in der Schulstraße 17, Betriebsversammlung. Alle Kollegen pünktlich erscheinen.
- Bertram, Treppow. Heute Sonnabend, nachmittags 2 Uhr wichtige Betriebsversammlung in der Rennbahn.
- Siemens u. Halske Hildesheim. Heute Sonnabend, früh 10 Uhr, Betriebsversammlung in Stadtpark (Hungerstraße). Dasselbst Auszahlung der Streikunterstützung.
- Streiktag, Tempelhof. Heute Sonnabend, den 8. November, nachmittags 1 Uhr, Betriebsversammlung aller Streikenden. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Kollegen und Kollegen erscheinen.
- Firma Wank u. Co. Heute Sonnabend, den 8. November, mittags 1 Uhr, Betriebsversammlung bei Welling, Wesselerstraße.
- Wendel u. Kowitz. Heute Sonnabend, von 12-2 Auszahlung der Streikunterstützung im Schloßhof.
- Trägerlagergemeinschaft Tempelhof. Heute Sonnabend, nachm. 2 Uhr, Kontrollanten abholen im Streikhof.
- N. N. G. Am Sonnabend, den 8. November, vormittags 11 Uhr, Betriebsversammlung in der Schulstraße 17, Betriebsversammlung. Um 1/2 10 Uhr ebenfalls Betriebsversammlung.
- Schwarztopf-Arbeiter Hildesheim. N. N. G. Auszahlung der Unterstützung für Berlin: Berlin, Hildesheim, Göttingen, Hannover, Oldenburg, von 12-3 Uhr; für Salzwedel: im Rathaus, Hildesheim, Dienstag, den 11. November, von 9-12 Uhr.
- Dynamowerk Siemens-Halske. Heute Sonnabend, früh 8 Uhr, Betriebsversammlung im Stadtpark. Anschließend Auszahlung der Streikunterstützung bis 2 Uhr. Nachzügler werden nicht berücksichtigt.
- G. W. Geetz u. Zentlinger. Heute Sonnabend, den 8. November, vormittags 10 Uhr, Betriebsversammlung im Schloßpark Steglitz. Nach der Versammlung Auszahlung der Streikunterstützung.
- Henssler und Berufsflieger. Heute vormittags 10 Uhr Brancherversammlung in den Pflanzhöfen, Pflanzstr. 142.
- Siemenslingern S. u. O. Glühlampe. Betriebsversammlung heute 2 Uhr, Rosbiter Stadthaus (Krone), Alt-Roabit.
- S. u. O. Kleinbau. Heute 12 Uhr, Betriebsversammlung in der Kronenbrauerei, Alt-Roabit 48.
- Siemens-Schneiderwerke, Franklinstraße. Heute 10 Uhr vormittags Betriebsversammlung im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstraße.
- S. u. O. Kabel- und Metallwerk. Heute vormittags 11 Uhr, Betriebsversammlung bei Parzell.
- Autowerk und Siemensstadt Bahnstraße. Heute 9 1/2 Uhr, Betriebsversammlung. Vertrauensleute 9 Uhr. Anschließend Auszahlung bei Kant, Herzstraße.
- Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 12. Sektion D (Chemischer Kleinhandel). Montag, den 10. November, abends 8 Uhr, Prüfer-Versammlung, Kaiser-Wilhelm-Str. 31: Wichtige öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Angestellten im chemischen Kleinhandel.
- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Am Dienstag, den 10. November, abends 6 Uhr, bei Heinrich, Große Frankfurter Str. 20, Versammlung der hildesheimischen Arbeiter (Parteiverwaltung). Tagesordnung: Die Kleinigkeiten in der hildesheimischen Parteiverwaltung.
- Transportarbeiter der chemischen Industrie. Montag, den 10. November, abends 7 Uhr, im „Dresdner Kasino“, Dresdner Str. 96, große Versammlung. Bericht über die Tarifverhandlungen und Stellungnahme zu dem Angebot der Unternehmer. Vollständiges Erscheinen ist Pflicht!

Bericht für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Redaktion für Angestellte: Theodor Glöde, Berlin; Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. in Berlin. Umdruck. 2. Jahrgang 2 Hefen.

Vorteilhafte Augengläser

sind nicht solche, die wenig kosten, sondern solche, die viel leisten! Wenn Sie ein Augenglas noch so billig kaufen, und Sie haben keine Freude daran, weil es Ihnen nicht paßt oder nicht gut sitzt, so hat es keinen Wert für Sie; kommen dazu noch häufig Ausgaben für Reparaturen, so wird es bald sehr teuer, und dabei sind Ihr Vergnügen, Ihre überanstrengten Netze, Ihre verdamnte Zeit und das, was Sie weniger leisten konnten als mit einem guten Glase, noch gar nicht in Rechnung gestellt.

Die Freude über den billigen Preis haben Sie bald vergessen, der tägliche Ärger aber bleibt Ihnen! Bei uns bezahlen Sie nur einmal, denn

wir sehen hinter jedem verkauften Augenglas von 12,50 R. an mit unserer Garantie. In der Garantiezeit von drei Jahren fertigen wir Ihnen alle Reparaturen umsonst. Sie haben nichts zu zahlen, außer für Druck der Gläser, für Horn, Schilddrüse und ähnliche Teile.

Kostenlos prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt nach unserer bewährten Methode. Wir garantieren für passende Gläser. Da wir aber nicht unfehlbar sind, so mag es vorkommen, daß Sie mit unseren Gläsern nicht zufrieden sind. Wir aber garantieren Ihnen Zufriedenheit, deshalb werden wir Ihnen die Gläser auf Ihren Wunsch in vollständigem Umwecheln, bis Sie wirklich zufrieden sind.



Optiker Ruhmke

21 Geschäfte:

- C. Spittelmarkt, Ecke Wallstraße, am Alexanderplatz, neben Wälinger
- S. Rastbuser Damm 10, nahe Rosenhaus (Bahnhof)
- SO. Oranienstr. 41, nahe Deutscher Platz
- W. Leipziger Str. 115, Ecke Hauptstraße
- SW. Ecke Potsdamer Str., Friedrichstr. 192a, Ecke Leipziger Str.
- SW. Ecke Potsdamer Str., Friedrichstr. 192a, Ecke Leipziger Str.
- NW. Friedrichstr. 192a, Ecke Leipziger Str.
- SW. Ecke Potsdamer Str., Friedrichstr. 192a, Ecke Leipziger Str.
- N. Gendarmenstr. 73, Ecke Brunnenstr., Gendarmenstr. 73, Ecke Brunnenstr.
- NW. Friedrichstr. 192a, Ecke Leipziger Str.
- O. Frankfurter Allee 14
- Charlottenburg: Tauentzienstraße 15, Ecke Wilmersdorfer Str.
- Joachimsthaler Straße 2, am Bahnhof Zoo
- Schöneberg: Hauptstr. 21, a. Kaiser-Friedrich-Platz
- Friedenau: Rheinhof, 18, Ecke Kirchstr., gegenüber der Kaiser-Wilhelm-Str.
- Wilmersdorf: Berliner Str. 132/133, an der Uhlenstr.
- Neukölln: Bergstr. 4, gegenüber Reichsstr.
- Spandau: Breite Str. 18.

Möbel-Sonder-Angebot

1 Schlafzimmer (Eiche) Mark 2590

1 Speisezimmer Eiche gebleicht Mark 3925

1 Herrenzimmer Eiche gebleicht Mark 2335

1 Anrichteküche weiß lackiert, komplett, 7 teill. 640 Mark

Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer und Gabeln-Garnituren, sowie Einzel-Möbel in großer Auswahl.

Beiser, Lothringer Straße 67.

Stoffe

zur Damen- und Herrenbekleidung

Futterstoffe / Knöpfe

Konfektion für Damen u. Mädchen

Maßanfertigung

C. Pelz

5 Kottbuser Str. 5

!!! Geld !!!

Abhilfe sofort. Alter u. Geschlecht angebend. Auskunft umsonst. Sanitäts-Daport Halle a. S. 1719

Möbel

Sonderangebot!

Kleiderstänke, Vertikows, Sofas, Ruhebett, Verab. Schreibtische

in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung.

Stolzmann

6, alle Allie nach 100

Schrecklich!

Es ist nicht, wenn Sie unversichtlich den kostenlosen Spezialprospekt Nr. 10a über die interess. Erlösung eines blinden Musiklers verlangen durch Musikinstitut Isler, Postfach, Lirrach (Baden). Jede Person lernt selbst noch im hohen Alter lustig und schön und gründlich Klavierspielen. 12/28

Seeliges Möbelhaus

Mit Essener Straße 8

Spezialität: Kleiderstänke, Vertikows, Bettstellen, Baumend. Häng. Verkaufzeit von 9-7 Uhr. Der wirkliche Weg macht sich bezahlt.

Urinios Blut

Zur Ausscheidung aller schmerzhaften und krankhaften Stoffe aus Blut und Säften, gegen Bluthochdruck, rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist mein Uriniospulver-Salzsaure seit über 25 Jahren wirksam erprobt. Sch. 2.50 Uebst. 3 Schacht. 7.25. Otto Reichel, Berlin 41, Eisenbahnstraße 4.

Möbel

werden infolge günstigen Abschlusses noch preisw. abgeben.

Schlafzimmer, kompl. v. 1750-9000

Speisezimmer, " " 2350-2000

Herrenzimmer, " " 2350-2000

Küchen, " " 390-1400

Ferner große Auswahl in Einzel-Möbeln u. Gabeln-Garnituren

Gebr. Kassner, Billowstraße 6, am Nollentplatz

Auf Wunsch günstige Zahlungsbedingungen.

Altes Spiegelglas

Junge Eheleute

erhalten Prospekt über Mütter-schutz unentgeltlich. Frau Emma Fischer, Berlin-Wilmersdorf 129, Kaiserallee 169

Platin

Stamm bis 97 Mark

laut Metallentwerfer, Ede J. J. J. J. J.

Formul.: Reichplatz 129/30.

Stoffe

Friedensware!

in- und ausländische für Herren u. Damen

Große Auswahl und sehr billig!

Richard Zastrow

Tuchlager

Mollenstraße 14-15.

En gros. En détail.

Elektromotore

Gleichstrom: Drehstrom

haupt

Ingenieurbüro Schlichling

Berlin W 9, Linkstr. 18.

Tele. Lützow 3705 und 8318.

Leihhaus Moritzplatz 58a

Berlin, Oranienstraße 58a.

verkauft zu bekannt billigen Preisen: Kreuzfische Alaska-Blauflusse 1a von 80.- bis 325.- Mark.

Gelogenheitskäufe in Skunks, Harter, Herren-Gehpelzen, Sportpelzen, Wagenpelzen. — Großer Posten Herren-Anzüge, Paletots von 85-250 Mk., hochlegant. Gelegenheiten in Damen-Kostümen, Plüsch- und Astrachan-Mänteln. — Ferner im Lombard verfallene Uhren, Ringe, Brillanten, silb. Taschen usw. unter Taxpreisen.